1 S 20587 F

Fragen der Freiheit

Mehr Demokratie —
oder mehr Freiheit?
Zur Regierungserklärung

Heft 101 · Februar 1973

Was aber haben wir, als wir die Gesellschaftsordnung unserer Vorfahren aufgaben und ihre Institutionen, Vorstellungen und Sitten unterschiedslos verwarfen, was haben wir statt dessen gewonnen?

Ich sehe, wie wir die individuellen Machtträger vernichtet haben, die selbständig gegen die Tyrannei anzukämpfen imstande waren; statt dessen sehe ich, wie die Regierung allein in alle die Vorrechte eintritt, die Familien, Körperschaften oder einzelnen entrissen wurden: auf die manchmal drückende, oft aber erhaltende Macht weniger Bürger ist so die Schwäche aller gefolgt.

Kann man wirklich annehmen, eine so weit ausholende gesellschaftliche Bewegung sei durch Anstrengungen einer Generation aufzuhalten? Meint man, die Demokratie werde, nachdem sie das Feudalsystem zerstört und die Könige überwunden hat, bei den Bürgern und Reichen zögern? Wird sie jetzt einhalten, da sie so stark geworden ist, ihre Gegner so schwach?

Wohin gehen wir also? Niemand vermag es zu sagen; denn uns fehlen schon die Vergleichspunkte: die gesellschaftlichen Bedingungen sind heute in der christlichen Welt einander mehr angeglichen, als sie es jemals zu irgendeiner Zeit in irgendeinem Land der Erde waren; so versperrt uns die Größe dessen, was geschieht, den Blick auf das, was noch geschehen kann.

Alexis de Tocqueville
Die Demokratie in Amerika

FRAGEN DER FREIHEIT

— Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft —

Folge 101

Februar 1973

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch Lothar Vogel
Postverlagsort: 65 Mainz

Inhaltsübersicht

Fritz Penserot

Politik der aktiven Friedenssicherung und der gesellschaftlichen Reformen?
—Zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt 3

Heinz Hartmut Vogel

Erhaltung der freiheitlichen Demokratie durch Gewaltenteilung 20

Hans Hoffmann

Währungskrise ohne Ende? 30

Ernst Winkler

Die Bedeutung des Zinsfußes für das wirtschaftliche Gleichgewicht 35

Zeitkommentare

Bericht aus Deutschland 47

Ankündigungen und Berichte

Einladung zur 29. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung 51
Thema: Gibt es einen dritten Weg?

Studienkreis für freiheitliche Ordnung, Winterthur 54

Bericht des Arbeitskreises Berlin des Seminars für freiheitliche Ordnung 54

Diederich Römheld

Zahlen aus der Volkswirtschaft 56

Lothar Vogel

In Druck: Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus 58

Redaktion

Bundesverfassungsrichter a. D. Prof. Dr. Erwin Stein - 70 Jahre alt 57

Politik der aktiven Friedenssicherung und der gesellschaftlichen Reformen?

Zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt am 18. Januar 1973

»Das Regierungsprogramm, das ich heute darlege, ist die präzise Konsequenz dessen, was Sozialdemokraten und Freie Demokraten in der Regierungserklärung vom Oktober 1969 gemeinsam vertreten haben. Die politischen Ziele von damals gelten, und wir können auf das Geleistete bauen ...

»Unser Programm für diese Legislaturperiode leite ich mit dem Satz ein, mit dem ich am 28. Oktober 1969 schloß: ‚Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, im Innern und nach außen.' Darin sammelt sich das Vertrauen, auf das wir uns stützen. Darin erkennen wir auch die Summe der Pflichten, die uns an die Verantwortung für das Ganze des Volkes binden.

»Das Wort von der guten Nachbarschaft zeigt unseren Willen zur Kontinuität an, den ich heute unterstreiche. Diese Kontinuität hat ihre eigene, unverwechselbare Prägung gewonnen. Sie ist bestimmt durch den Inhalt unserer Politik der aktiven Friedenssicherung und der gesellschaftlichen Reformen. Wir wissen auch, daß der Wille zur Erneuerung den klaren Blick dafür verlangt, wie das Notwendige möglich gemacht werden kann. Reformen in den Dimensionen, die wir für die Entwicklung in unserem Lande geöffnet haben, brauchen einen langen Atem.«

Mit diesen selbstbewußten Worten eröffnete der wiedergewählte Bundeskanzler Willy Brandt am Dienstag, dem 18. Januar 1973 seine Regierungserklärung, und er setzte sie in Ton, Stil und Haltung über

mehr als eineinhalb Stunden in der gleichen Weise fort: herausfordernd, bestimmt, entschieden, führungskräftig, selbstsicher, souverän und zugleich voller Gemüt, Vertrauen erweckend, an die guten bürgerlichen Tugenden der Deutschen appellierend: den unbedingten Friedenswillen, das Sicherheitsbedürfnis, die Wahrhaftigkeit, den Mut zu Reformen, aber auch das Maßhalten in der Stunde des Sieges, die Vernunft und den Leistungswillen und die Tüchtigkeit. Vor allem aber — noch einmal — zeigte Brandt dies: klaren Führungswillen und unbedingte Festigkeit.

Mögen sich viele »intellektuelle« Journalisten nachher darüber mokiert haben (selbst die Frankfurter Allgemeine bezeichnete den Schluß der Rede als ein »kurioses Stück politischen Biedermeiers«), und mag es auch Brandt nicht ganz gelungen sein, von den einzelnen Ressorts zusammengestellten »Warenhauskatalog« ihrer Wünsche in eine »Magna Charta« der siebziger Jahre (so Regierungssprecher von Wechmar) umzuprägen — Brandt hat dennoch genau den Ton getroffen, auf den die Gemütslage der Mehrheit der Deutschen unter den derzeitigen Umständen gestimmt ist — und dem die CDU/CSU unter Barzel, wie richtig immer viele ihrer Entgegnungen gewesen sein mögen, nichts Gleichgewichtiges entgegenzusetzen hat.

Wie immer angreifbar Brandts Politik in Wahrheit sein mag, zunächst erscheint diese »Politik der aktiven Friedenssicherung und der gesellschaftlichen Reformen« in ihrer Einfachheit, Geschlossenheit und Zielstrebigkeit bestechend, wohingegen die CDU/CSU weder Geschlossenheit noch unbedingte Glaubwürdigkeit ihrer Führung, ja nicht einmal ein klares Programm vorzuweisen hat. Ihre Angriffe gegen die Regierungspolitik mögen im einzelnen noch so berechtigt sein — solange sie nicht die SPD/FDP-Koalition in der Überlegenheit ihrer Zielsetzung, in der Klarheit ihrer Aussage, in der Festigkeit ihres Willens und in der Überzeugungskraft ihres Engagements übertrifft, solange wird sie nicht mehr zum Zuge kommen, ja in ihrer Bedeutung noch immer weiter absinken.

Damit aber wäre Deutschland nicht gedient. Nicht nur, weil es zum Wesen der parlamentarischen Demokratie gehört, daß in ihr eine jederzeit zur Regierungsübernahme befähigte und wählbare Opposition vorhanden ist, sondern weil gerade in diesem Falle die von Brandt und der SPD im Jahre 1969 inaugurierte und jetzt noch ent-

schiedener ins Auge gefaßte Politik uns nicht davon zu überzeugen vermag, daß durch sie die Bundesrepublik Deutschland ihrem Ziele eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates näher gebracht werden kann; eines Gemeinwesens, in dem die Würde des Menschen, die Selbstbestimmung, die »Mündigkeit« der Person in der Gesellschaft, im Bildungswesen wie in der Wirtschaft bedingungslos unangetastet bleibt und in dem zugleich soziale Gerechtigkeit — zu der eben diese Freiheit der Person gehört — herrscht.

Denn wir haben leider Grund zu der Befürchtung, daß Brandts Politik — wie ehrlich sie auch gemeint ist — uns von diesem Ziele nur noch weiter weg führt; mag auch der gute deutsche Michel — zufrieden damit, daß im Äußern Ruhe herrscht und daß er im Innern seinen Wohlstand mehren und genießen kann, ohne daß er sich unentwegt um sein Schicksal sorgen muß — von all den möglicherweise oder tatsächlich auf ihn zukommenden Gefahren nichts ahnen.

Sind denn die Ziele, die Brandt mehr allgemein als klar angesprochen hat, und erst recht die Wege zu diesen Zielen, über die er so gut wie gar nichts gesagt hat, auch tatsächlich die richtigen im Sinne unseres Grundgesetzes und der Persönlichkeitsrechte? Hat Brandt »den klaren Blick dafür«, »wie das Notwendige möglich gemacht werden kann«? Was ist überhaupt »das Notwendige«? Und »Wie« hofft Brandt es zu erreichen?

Die Regierungserklärung umfaßte im wesentlichen zwei große Bereiche: die Außenpolitik und die Verhältnisse im Innern unseres Landes.

»Nach außen«, sagte der Bundeskanzler, »wird die Bundesregierung ihre Politik der guten Nachbarschaft konsequent fortsetzen. Ihre Außen- und Sicherheitspolitik dient ausschließlich dem Frieden.« Selbstverständlich bestehen in dieser Hinsicht keinerlei Zweifel. Aber, sind »für den Ausgleich in Europa, zwischen Ost und West«, »mit den Verträgen von Moskau und Warschau, dem Berlin-Abkommen der vier Mächte, den dazu gehörenden Vereinbarungen auf der deutschen Ebene und dem Grundvertrag mit der DDR« tatsächlich »bessere Voraussetzungen geschaffen worden«?

Wir verschließen keineswegs die Augen vor der ungeheuren eigenen deutschen Schuld, und wir erkennen darin auch die eigentliche Ursache des Untergangs des deutschen Reiches, und wir anerkennen daher

auch die Bemühungen um die Wiederherstellung des Friedens in Europa auf einer Basis, die dem Ergebnis des Krieges entspricht.

Es erscheint uns auch verständlich, daß die westeuropäischen Mächte froh sind über diese vier Verträge, die nunmehr auch de jure die Teilung Deutschlands besiegeln, das ihnen seit Bismarcks »Reichs«-Gründung schwer zu schaffen gemacht hat. Und wir verstehen auch schließlich, daß die Vereinigten Staaten über diese Verträge erfreut sind, weil sie ihnen Entspannung in Europa und dadurch mehr Handlungsfreiheit in den übrigen Teilen der Welt versprechen.

Aber es erscheint uns notwendig, darauf hinzuweisen, daß sich mit diesen vier Verträgen auch de jure eine ungeheure Machtverschiebung zugunsten der Sowjetunion und des Kommunismus vollzogen hat. Heute regiert Moskau und damit der Kommunismus auch »rechtens« im alten Mitteldeutschland und bestimmt dort das Maß an Freiheit, das dem Menschen noch gewährt wird, und die Politik, die im Interesse des sowjetischen Expansionswillens zu treiben ist. Bezeichnenderweise sagte gerade in diesen Tagen ein bekannter französischer General, Ferdinand Otto Miksche, auf die Bemerkung, daß mit dem Grundvertrag die »Gefahr« der Wiedervereinigung Deutschlands für Frankreich nun gebannt sei: nein, jetzt beginnt überhaupt erst die Wiedervereinigungspolitik — von Osten her!

Ob der Frieden durch die vier Verträge also wirklich »sicherer« geworden ist?

Zeigt nicht schon das Vorspiel um die von der Sowjetunion seit über einem Jahrzehnt gewollte europäische Sicherheitskonferenz und das Feilschen um die Ausgangspositionen zur Abrüstungskonferenz, worum es den Sowjets in Wahrheit geht? Nämlich darum, die Amerikaner aus Europa hinausmanövrieren?!

Natürlich wollen die Russen keinen Krieg. Sie wollen uns vielmehr zum Partner gewinnen. Aber — zum Partner für *ihre* Ziele! Und vielleicht will tatsächlich »auch die Regierung in Ost-Berlin heute ‚über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander' (mit uns) kommen«, wie Brandt sagte. Aber — zu welchem Zweck? Können diese Ziele und Zwecke wirklich unsere Ziele und Zwecke sein? Brandt will sogar ausdrücklich »eine breite Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und auf kulturellem Gebiet mit den Staaten Osteuropas suchen«. Ist es nicht eine Illusion, zu glau-

ben, daß eine solche freiheitliche Zusammenarbeit gelingt, ohne daß dadurch unsere lebensnotwendigen Beziehungen zu Westeuropa wie zu Amerika leiden?

Doch die Verträge sind abgeschlossen und gültig. Wir können daher nur noch versuchen, das beste daraus zu machen. Die CDU/CSU wäre deshalb gut beraten, dieses Kapitel abzuschließen, um so mehr aber dafür zu sorgen, daß die oben angedeuteten Gefahren nicht eintreten. Jetzt muß die CDU/CSU den Kanzler beim Wort nehmen: »Grundlage unserer Sicherheit bleibt die atlantische Allianz . . . Die politische und militärische Präsenz der Vereinigten Staaten ist für die Bewahrung eines ausgeglichenen Kräfteverhältnisses in Europa unerläßlich«, zumal der Bundeskanzler selbst sagte: »Es ist nicht zu übersehen, daß die Rüstungsentwicklung im Warschauer Pakt das östliche Gesamtpotential steigerte.«

Er will den Frieden »sicherer« machen, als es die CDU/CSU zwanzig Jahre lang — »nicht« — vermocht hätte. Er will den »Ausgleich« in Europa (und also kein Übergewicht der Sowjetunion) herbeiführen, den die »Kalten Krieger« der CDU/CSU zwanzig Jahre lang vereitelt hätten. Und er will dies, ohne die Grundlage unserer Sicherheit, die atlantische Allianz, zu vernachlässigen. An diesen Worten wird die CDU/CSU die Taten der zweiten Regierung Brandt zu messen haben.

Denn ohne Verteidigungsbereitschaft einer Weltmacht gegenüber, die ihr eigenes Rüstungspotential immer weiter ausbaut, die immer neue Stützpunkte in der Welt zu errichten versucht und die ihre Flotte immer weiter hinaus auf alle Weltmeere schickt, kann der Frieden nicht erhalten werden; der Frieden, der die Voraussetzung dafür ist, daß die Freiheit bei uns erhalten bleibt. Denn die Kommunisten wollen die Freiheit nicht!

Und der Kanzler ist beim Wort zu nehmen in allen anderen Fragen, die den Zusammenhalt der westlichen Welt auch nur entfernt tangieren: in der EWG-Politik, die nicht zu einer Entfremdung mit den USA führen darf; in der Wirtschaftspolitik, die nicht zu Streitigkeiten mit den USA verleiten darf; in der Zollpolitik, in der ebenfalls Übereinstimmung mit den USA erzielt werden muß; vor allem aber in der Währungspolitik, in der so oder so eine Übereinkunft mit den Vereinigten Staaten immer wieder gefunden werden muß, solange eine grundsätzliche Lösung nicht zu erreichen ist.

Denn unter allen innen- und außenpolitischen Fragen muß die Frage des Zusammenhalts des Westens und der militärische Schutz dieses Zusammenhalts unbedingte Priorität genießen. Denn dieser Zusammenhalt ist die Voraussetzung dafür, daß die Freiheit und damit zugleich die Lösungsmöglichkeit aller anderen Fragen erhalten bleibt. Um mit Mao zu reden: solange es den Hauptwiderspruch Sowjetkommunismus gegen westliche freiheitlichere Welt gibt, müssen alle Nebenwidersprüche zurückgestellt werden, insofern sie die Kraft zum Austragen des Hauptwiderspruches beeinträchtigen könnten.

Da ist mit Beschwichtigung, mit Wegsehen, mit bloßem oder gar blindem Vertrauen in Worte, mit Appeasement nichts gewonnen. Und insofern hatte Barzel vollauf recht, wenn er Solschenizyn am Ende seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung zitierte: »Der Geist von München gehört keineswegs der Vergangenheit an. Er ist keine kurze Episode geblieben. Ich wage sogar zu behaupten, daß der Geist von München im 20. Jahrhundert vorherrscht. Die eingeschüchterte zivilisierte Welt findet dem Ansturm wiedererstandener Barbarei nichts entgegenzusetzen als Nachgiebigkeit und Lächeln. Der Geist von München ist die Willensschwäche von Menschen, denen es gut geht. Er ist der Alltag jener, die sich dem Verlangen nach Wohlstand um jeden Preis, dem materiellen Wohlbefinden als dem Hauptziel des Erdendaseins verschrieben haben. Solche Menschen ziehen das Nachgeben vor, bloß damit das gewohnte Leben weitergehe, damit man nicht schon heute der Härte ausgeliefert werde, in der Hoffnung, morgen werde man solches schon umgehen können. Die Sühne für die Feigheit wird nur schlimmer sein.« Soweit Solschenizyn, an dessen Kompetenz wohl niemand zweifeln kann.

Der zweite Teil der Regierungserklärung Brandts befaßte sich mit der Innenpolitik. Brandt stellte dabei einen Begriff in den Mittelpunkt seiner Ausführungen, den er die »Qualität des Lebens« nennt, »die Qualität des Lebens, in der sich unsere Reformen erfüllen müssen. Sie ist das Ziel unserer Arbeit.« »Die Qualität des Lebens ist zu einem zentralen Begriff unserer politischen Arbeit geworden. Sie darf nicht zur abstrakten Formel gerinnen. Sie heißt für uns: Freiheit, Freiheit auch von Angst und Not, Sicherheit auch durch menschliche Solidarität. Für mich geht es auch um die alte Wahrheit, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt. Diese technische Zivilisation, die er auch

aus der Freude an der Leistung geschaffen hat, soll er mit geistigen Werten durchdringen und damit menschlicher machen.« »Lebensqualität ist mehr als Lebensstandard. Sie ist Bereicherung unseres Lebens über Einkommen und Konsum hinaus. Sie setzt ein neues Verständnis von Allgemeininteresse voraus. Sie hängt immer mehr davon ab, wieviel gute Nachbarschaft es bei uns gibt und was die Gemeinschaftseinrichtungen leisten.«

Das alles klingt recht schön und gut, aber was es praktisch heißen soll, das wird in der ganzen Regierungserklärung nur unklar oder allenfalls annäherungsweise angedeutet.

Genau das gleiche gilt für alle Punkte, die überhaupt in der Regierungserklärung angesprochen werden. Nehmen wir die Wirtschafts- und Währungspolitik. Da heißt es z. B.:

»An erster Stelle steht die Geld- und Kreditpolitik. Dieses klassische Instrument zur Konjunktursteuerung war jahrelang kaum verwendbar, weil jede Verteuerung und Verknappung des Kredits durch Devisenzuflüsse wirkungslos gemacht wurde. Seit dem Sommer vorigen Jahres hat sich die Situation verbessert, nicht zuletzt als Folge der damals von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen.

Die weltweite explosionsartige Geldvermehrung der letzten Jahre hat die Notwendigkeit, das Weltwährungssystem neu zu ordnen, allen aufmerksamen Bürgern vor Augen geführt. Bei den wichtigen internationalen Verhandlungen, vor denen wir jetzt stehen, wird sich die Bundesregierung wie bisher für eine Währungsordnung einsetzen, die flexibel genug ist, Währungskrisen nach Möglichkeit zu vermeiden, und in der die Ausweitung der Liquidität unter Kontrolle bleibt.

Das zweite Element unserer nationalen Stabilitätspolitik ist die Gestaltung des öffentlichen Gesamthaushalts, über den der Bund — wie wir wissen — freilich nur zu einem Teil entscheiden kann. Außerdem wäre es wirklichkeitsfremd, den öffentlichen Ausgabeetats die Hauptlast aufbürden zu wollen, wenn die Bedürfnisse der Bürger nicht Schaden leiden sollen. Trotz dieser Begrenzung kommt der öffentlichen Finanzwirtschaft eine besondere Verantwortung für den Wirtschaftsablauf zu. Die Bundesregierung meint jedoch, daß man dabei nicht nur auf die Ausgabenseite, sondern in Zukunft auch mehr auf die Einnahmenseite sehen muß.

Drittens schließlich haben alle eine besondere Verantwortung, die in

der Praxis über Preise und Kosten entscheiden, nämlich die Unternehmer, der Handel und die Tarifvertragsparteien. Die Bundesregierung steht zur Tarifautonomie. Sie erwartet, daß alle Beteiligten diese Freiheit verantwortungsbewußt nutzen. Im übrigen wird die Bundesregierung prüfen, welche gesetzlichen Maßnahmen notwendig sind, um das konjunkturpolitische Instrumentarium zu ergänzen und zu verfeinern.«

Das ist alles, was Brandt dem Bundestag glaubte sagen zu müssen über eines der wichtigsten Probleme, mit dem es die Welt seit Beginn einer arbeitsteiligen Wirtschaft, vor allem aber seit der Heraufkunft der industriellen Revolution und der die ganze Erde umspannenden, alle Völker und Staaten intensivst berührenden Weltwirtschaft zu tun hat. Naturwissenschaft, Technik und Industrie haben die Welt in den letzten zwei Jahrhunderten total verändert, die Währungen aber sind das Medium, das das Wirtschaften in aller Welt verbindet, koordiniert, befruchtet oder — stört. Ganze Revolutionen, Umstürze und Weltkriege sind durch das Nichtfunktionieren des Wirtschaftskreislaufs als Folge von Währungsstörungen ausgelöst worden; seit Bestehen der Bundesrepublik ist die Währungs- und Konjunkturfrage das zentrale Thema aller Politik gewesen; die Teilung der Welt in den zentral-planwirtschaftlich dirigierten kommunistischen Osten und den freiheitlich-marktwirtschaftlich, aber von den Tücken des Geldwesens abhängigen »kapitalistischen« Westen ist eine direkte Folge des ungelösten Währungsproblems; und der Streit innerhalb der Bundesrepublik über Systemveränderung, paritätische Mitbestimmung, Fusionskontrolle, ja über alle Fragen des Sozial- und Wohlfahrtsstaats überhaupt ist eine unmittelbare oder mittelbare Folge des Geldproblems, von dem Inflations- bzw. Stabilitätsproblem ganz zu schweigen — der Bundeskanzler aber sagte darüber so gut wie nichts.

Wohl aber sagte er manches — wenn auch hier nichts Konkretes — über eine ganze Reihe von sekundären Problemen, die alle erst die Folge des ungelösten Währungsproblems sind, angefangen von der besonderen Verantwortung der Unternehmer bis hin zur Mitbestimmung »als Substanz des Demokratisierungsprozesses unserer Gesellschaft«.

Wir glauben nun nicht fehlzugehen, wenn wir diesen Begriff der »Demokratisierung der Gesellschaft« als das eigentliche zentrale An-

liegen der Regierung Brandt ansehen, insofern sie unmittelbar politisch wirksam werden will, und wenn wir demzufolge Brandts Politik unter der Überschrift zusammenfassen:

Mehr »Qualität des Lebens« durch
Demokratisierung aller Lebensbereiche.

Mehr »Qualität des Lebens« durch »Demokratisierung« aller Lebensbereiche — das heißt aber

erstens: durch Kurieren an den Symptomen, nicht jedoch durch eine grundlegende Ordnung des Wirtschaftsablaufes mittels einer grundsätzlichen Neuordnung unseres Währungs- und Geldwesens, so daß Dauerkonjunktur, Dauervollbeschäftigung und dadurch wiederum stetige Kapitalvermehrung und Kapitalverbilligung eintreten und dadurch alle sekundären Probleme des Kapitalismus von der Wurzel her gelöst werden,

und zweitens: durch Übertragung des in Staat und Politik richtigen Prinzips der Demokratie, d. h. also der Regelung der Verhältnisse durch Mehrheitsbeschluß, auch auf die übrigen Bereiche der menschlichen Gesellschaft, auf Wirtschaft und Bildungswesen, Gesundheit und Wohlfahrt im weitesten Sinne.

Brandt will den »freiheitlichen Sozialstaat« — d. h. einen Staat, in dem dem einzelnen durch die Solidarität der andern, der Gemeinschaft, mittels Einschaltung öffentlicher, staatlicher Institutionen in allen Fährnissen des Lebens geholfen wird. Brandt will aber offenbar nicht den freiheitlichen Rechtsstaat, in dem der einzelne auf der Grundlage der von Grundgesetz und Staat gesetzten Ordnung sich selbst helfen kann. Brandt will »Sozialpolitik«, im Grunde eine Art staatlicher, caritativer, auf die Linderung einzelner Nöte gezielte Fürsorge. Er will keine »Ordnungspolitik«, keine Ordnung des menschlichen Zusammenlebens von Grund auf.

Damit aber verläßt Brandt im Grunde genommen den Boden unseres Grundgesetzes. Damit verläßt er den Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Wenn das Grundprinzip der Wirtschaft nicht mehr die durch die Ordnung als solche (bzw. die durch die Ordnungspolitik) zu bewirkende Gegenseitigkeit im Geben und Nehmen der freien, sich und ihr Handeln selbst bestimmenden Tauschpartner ist, und wenn im Bereiche der Wirtschaft nicht mehr der Sachverstand herrscht, sondern poli-

tische und sonstige außerwirtschaftliche Einflüsse; und wenn im Bereiche der Bildung, der Erziehung, der Kunst und der Wissenschaft das Grundelement nicht mehr die Freiheit ist, nach Erkenntnis, nach Wahrheitszusammenhang, dann ist die Freiheit unserer Gesellschaft selbst — und damit aber auch zugleich die Gerechtigkeit — in Gefahr. Und mit ihnen die Würde des Menschen, die zu schützen das oberste Prinzip unserer Bundesrepublik Deutschland ist und eines der drei ersten unveräußerlichen Rechte des Menschen überhaupt.

Bekanntlich war es Montesquieu, der erstmalig in aller Form die Teilung der drei »Gewalten« Regierung, Gesetzgebung, Rechtsprechung forderte als Voraussetzung für die Überwindung der Macht und der Diktatur der absolutistischen Fürsten seiner Zeit. Die mehr oder weniger mustergetreue Befolgung seiner Vorschläge bestätigte die Richtigkeit seiner Erkenntnisse und gebar die moderne freiheitliche Demokratie. Ihre Grundbedingung lautet: der einzelne Mensch muß einen Freiraum haben, seine Freiheitsrechte, seine »unveräußerlichen« Rechte müssen unter allen Umständen strikte gewahrt werden. Und keine »Gewalt« im Staate darf übermächtig werden können, sondern muß durch eine Gegengewalt in Schach gehalten werden. Denn alle Macht birgt nun einmal die Versuchung in sich, mißbraucht zu werden. Gegen Machtmißbrauch gibt es aber nur ein Gegenmittel: ebenfalls Macht. Der Macht der Regierung muß die Macht des Parlaments und die Macht der Rechtsprechung gleichgewichtig gegenüberstehen. Wo dieses Gegengewicht fehlt, ist es aus mit der Freiheit des Menschen.

Die größte aller Gefahren für die freiheitliche Demokratie aber ist das Überwuchern der Demokratie selbst über alle Teilbereiche und die Gesellschaft als Ganzes. Das Verabsolutieren des Gleichheitsprinzips im Verlaufe der Französischen Revolution, jener égalité der Jakobiner, zeitigte erstmals den modernen Totalitarismus. Die Mehrheitspartei im Parlament erobert die Macht in Regierung und Rechtsprechung und maßt sich ein Urteil an über alle Dinge, die in der Gesellschaft passieren und urteilt und richtet schließlich rein nach ihrer Willkür. Der »Tag der Machtergreifung« der Nationalsozialisten 1933 war formal ein ganz ähnlicher Vorgang, wenn auch das aberwitzige Motiv der Judenvernichtung und der Errichtung eines germanischen Herrenstaats über den slawischen Völkern Osteuropas ein absolut unver-

gleichlicher Rückfall, ein Atavismus ohne jedes Beispiel in der Geschichte war. Die Übertölpelung der Menschewiken durch die Bolschewiken Lenins in Rußland im Oktober 1917 nicht minder. Der schrankenlose Absolutismus Stalins, die absolute Beherrschung aller Bereiche des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der Sowjetunion durch die Spitzenfunktionäre der Kommunistischen Partei und die ungezählten Morde und Verbannungen nach Sibirien sind schließlich nichts anderes als die Folgen der Allmacht der *einen* Gewalt der »demokratischen« Mehrheitspartei über alle anderen Gewalten.

»Alle Macht den Demokraten« kann also angesichts der Schwachheit der menschlichen Natur nichts anderes heißen als absolute Ohnmacht aller andern Menschen: keine »checks and balances« mehr, keine regulierenden Gegengewichte. Das aber wäre das Ende jeglicher Freiheit des Menschen.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sind die Grundprinzipien des modernen freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats. Wobei aber diese drei Grundprinzipien nicht unterschiedslos allen Lebensbereichen zugleich und gleichmäßig zuzuordnen sind, sondern die Freiheit dem Bereich des Geistig-Schöpferisch-Kulturellen, die Gleichheit dem Bereich des Rechtlich-Staatlich-Politischen, die Brüderlichkeit dem Bereiche von Erzeugung-Tausch-Verbrauch, kurzum also der Wirtschaft.

Überwuchert eines der drei Grundprinzipien die anderen Bereiche, so entsteht Chaos im Ganzen. Wird die *Freiheit zum alleinigen Prinzip der Wirtschaft* (Beispiel Manchester-Liberalismus), ohne daß in der Wirtschaft Gegenseitigkeit herrscht (weil das Kapital knapp, die Arbeitskräfte überreichlich, das Geldwesen nicht funktionsfähig sind und immer wieder Krisen entstehen), *so entsteht Unterdrückung der Schwächeren,* vornehmlich also *der dann von dem Wohlwollen und den menschlichen Schwächen der »Eigentümer an den Produktionsmitteln« abhängigen »Lohnabhängigen«.* Wird die *Freiheit* aber zum *Grundprinzip im Staate,* so haben wir das Faustrecht.

Wird das *Prinzip der Gleichheit,* also der Mehrheitsbeschluß, aus dem Bereiche des Rechtlich-Staatlich-Politischen *auf die Wirtschaft übertragen, d. h. wird die Wirtschaft »demokratisiert«,* werden in wirtschaftlichen Fragen Mehrheitsbeschlüsse gefaßt und verwirklicht, *so wird dadurch die Sachkompetenz der Sachverständigen beiseite geschoben oder überspielt, die Leistungsfähigkeit des Unternehmens*

sinkt ab, es kann im Wettbewerb nicht mehr bestehen, es geht über kurz oder lang unter.

Überdies wird gerade das, was Marx als eines der Kernübel der kapitalistischen, arbeitsteiligen Wirtschaft ansah, die Entfremdung des Arbeiters von seiner Arbeit, von seinem Produkt, von seinem Werk, ja schließlich von sich selbst, durch die »Demokratisierung«, durch den Mehrheitsbeschluß von außen, von Nichtbeteiligten, in noch erhöhtem Maße bewirkt. Der Bundeskanzler aber sagt: »Den Ausbau der Mitbestimmung sehen wir als eine unserer Hauptaufgaben an. Mitbestimmung gehört zur Substanz des Demokratisierungsprozesses unserer Gesellschaft. In ihr erkennen wir die geschichtliche Voraussetzung für jene Reformen, die in ihrer Summe den freiheitlichen Sozialstaat möglich machen. Mitbestimmung — als Ordnungselement im Arbeitsleben, aber nicht nur dort — heißt natürlich auch Mitverantwortung tragen; beides gehört zusammen.« Wie diese »Verantwortung« — an sich ein entscheidendes Element der »Mündigkeit«, der Freiheit — bewirkt werden soll, gerade das aber sagt Brandt nicht. Nach allem, was bis jetzt bekannt ist, wird »Mitbestimmung« in der Praxis Mitbestimmung von außerbetrieblichen Gewerkschaftsfunktionären in den Spitzengremien der großen Unternehmen heißen — dem Arbeiter »vor Ort« kann aber damit in keiner Weise gedient sein. Er wird erst frei, wenn er selbst die Chance bekommt, an seinem Platz, in seinem Umkreis, nach Maßgabe seiner Fähigkeiten seine Arbeit selbst zu bestimmen. Diese Möglichkeit kann ihm aber niemals durch einen dem Unternehmen von außen aufoktroyierten Beschluß erzwungen werden, sondern er muß sich ergeben als Folge von Nachfrage nach gerade seiner Fähigkeit, seiner Arbeitskraft, seiner Ideenkapazität. Und diese Nachfrage entsteht nur dann, wenn in der Gesamtwirtschaft dauernd Vollbeschäftigung herrscht, wenn dauernd solche Menschen gesucht werden, wie er einer ist. Dann kann er in freiem Arbeitsvertrag mit dem Unternehmen, in das er eintreten möchte und das ihn haben will, aushandeln, unter welchen Bedingungen er seine Mitarbeit leisten will. Nur das ist echte Partnerschaft*.

* Es würde den Umfang dieser Darstellung überschreiten, die Voraussetzungen darzustellen, die zur Dauervollbeschäftigung und zur echten Partnerschaft von Unternehmer und Mitarbeiter (Mitarbeiterschaft, Management und Kapitaleigner) führen. Hier nur so viel: Grundvoraussetzung ist die Entmachtung der Grundmonopole Boden und Geldkapital (siehe »Fragen der Freiheit« Nr. 86, 87/88, 89 und Gesamtverzeichnis). Nur unter Vollbeschäftigung, freiem Arbeitsvertrag und Partnerschaft zu verstehen ist.

Nur das ist wahre Mitbestimmung und zugleich Selbstbestimmung und damit Überwindung der mit Recht so gefürchteten, demütigenden Fremdbestimmung. Der Schlüssel dazu aber heißt nicht »Mitbestimmung« im Sinne von »Demokratisierung«, sondern *Dauerkonjunktur und Dauervollbeschäftigung. Diese allein machen frei und bewirken jene Gegenseitigkeit und Tauschgerechtigkeit*, jene »Gleichheit im Geben und Nehmen«, und damit jene *echte Partnerschaft in Freiheit*, die allein Europa auf die Dauer vor dem Kommunismus bewahren kann.

Wird das *Prinzip der Gleichheit, der Mehrheitsbeschluß*, aus dem Bereiche des Rechtlich-Staatlich-Politischen aber *auf den Bereich der Kultur, des Bildungs- und Erziehungswesens*, der Kunst und Wissenschaft, der Akademien und Hochschulen *übertragen*, wird in diesen *also »Demokratisierung« praktiziert, so ist das das Ende von Ideenreichtum, Spontaneität, freiem Schöpfertum, von Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft, ja von Kultur überhaupt.* Niemals kann durch Mehrheit ein schöpferischer Akt vollzogen werden. Und auch in den kulturellen Institutionen kann durch Demokratisierung, durch Mitsprache einer doch in jedem Falle unkompetenten, unter politischen Gesichtspunkten entstandenen Mehrheit von Personen nichts sachlich Relevantes entstehen. Gerade das Umgekehrte muß eintreten: man trenne den gesamten kulturellen Bereich vom Staate, von der Politik, von demokratischen Prinzipien und Methoden — erst dann werden wir wieder wirklich Kultur im eigentlichen Sinne haben.

Und wird, schließlich, das *Grundprinzip der Wirtschaft*, die Gegenseitigkeit im Geben und Nehmen, die »Brüderlichkeit«, die Solidarität *vom Staate dem einzelnen direkt auferlegt, also per Mehrheitsbeschluß durch Gesetze erzwungen, so vereitelt solche Demokratisierung« jede echte Hilfsbereitschaft*, jede Spontaneität *und bewirkt zugleich Abhängigkeit*, Uninteressiertheit, Verantwortungslosigkeit, ja einen Zustand der demütigenden Menschenunwürdigkeit, der schließlich alles Menschliche überhaupt erstickt.

Es gibt *keinen »freiheitlichen« »Sozialstaat«*. Der vollsozialisierte Staat ist das absolute Ende der Freiheit. »Freiheitlich« heißt selbst denkend, aufgrund des selbständig Gedachten sein Schicksal selbst bestimmend, heißt unabhängig von anderen, »mündig«, seine Angelegenheiten selbst und aus eigener Verantwortung erledigen. »Sozialstaat« aber heißt: Krankenversicherung, Altersversicherung, Schul-

geld, Bildung, Erziehung, Vorschulerziehung, Kindergarten, Erholung und und und — werden dem einzelnen vom Staate auferlegt, ohne daß er überhaupt noch irgendwie eine auch nur schwächste Art von Mitwirkung dabei leisten könnte. »Sozialstaat« heißt Vormundstaat. Der »Sozialstaat«, der angeblich frei machen soll, ist der diametrale Gegensatz des freiheitlichen Rechtsstaates! Er macht geradezu systematisch, nicht zuletzt auch durch die fortschreitende Inflation, den einzelnen zum Unfreien, Unmündigen, zum Sozialsklaven. Der »Sozialstaat« ist der Unrechtsstaat par excellence, weil er dem Menschen die Freiheit der Selbstbestimmung, der Selbstverantwortung, der Mündigkeit, der Würde nimmt — und gerade nicht gibt, wie es Brandt in der Regierungserklärung sagt.

Ein gewiß völlig unverdächtiger Revolutionär und Anarchist, Michail Bakunin, schrieb 1868 in einem Briefe an Chassin, ein Mitglied der Bakuninschen »Fraternité Internationale«: »Unser aller großer Lehrer Proudhon sagte, die unglückseligste Kombination, die kommen könnte, sei die, daß der Sozialismus sich mit dem Absolutismus verbände; die Bestrebungen des Volkes nach ökonomischer Befreiung und materiellem Wohlstand mit der Diktatur und der Konzentration aller politischen und sozialen Gewalten im Staat. Mag uns die Zukunft schützen vor der Gunst des Despotismus; aber bewahre sie uns vor den unseligen Konsequenzen und Verdummungen des doktrinären oder Staatssozialismus . . . Es kann nichts Lebendiges und Menschliches gedeihen außerhalb der Freiheit, und ein Sozialismus, der sie aus seiner Mitte verstieße oder sie nicht als einziges schöpferisches Prinzip und als Basis annähme, würde uns geradewegs in die Sklaverei und die Bestialität führen.«

Ein anderer, freilich »hochverdächtiger« Franzose, der wie kein zweiter in seinem ganzen Zeitalter das Werden und das Wesen der Demokratie studiert und leidenschaftslos wissenschaftlich beschrieben hat, Alexis de Tocqueville, forderte deshalb: »Der öffentlichen Gewalt nicht zu enge, aber sichtbare und unverrückbare Grenzen zu stekken; der einzelnen Person bestimmte Rechte zu geben und ihr den unbestrittenen Genuß dieser Rechte zu garantieren; dem Einzelnen das Wenige an Unabhängigkeit, Kraft und Originalität zu erhalten, was ihm noch geblieben ist; ihm in der Gesamtheit einen Stand zu geben und ihn ihr gegenüber zu schützen: das scheint mir die vornehmste

Aufgabe des Gesetzgebers in der kommenden Zeit zu sein.«

Aber wer spricht heute noch von Proudhon und Tocqueville! Ihre Namen werden in einem über 300 Seiten starken Buch, versehen mit einem Vor- und einem Nachwort von Herbert Wehner, betitelt »Der Kampf um die Menschenrechte«, geschrieben von Willy Strzelewicz, verlegt 1968 bei Heinrich Scheffler, Frankfurt am Main, im ganzen Text nicht einmal erwähnt! Ein Zufall?

Dabei sind die Gefahren, die heute durch ein Überwuchern der Volkssouveränität über alle Lebensbereiche drohen und die wir durch Brandts »Demokratisierungsprozeß« in nicht mehr nur ersten Anfängen heraufkommen sehen, noch unendlich viel größer als zu Proudhons und Tocquevilles Zeiten. Die durch die industrielle Revolution eingeleitete weltweite Verflochtenheit der Wirtschaft in aller Welt und die damit verbundene unendliche Kompliziertheit der Ordnung des Wirtschaftsablaufes brachten — in Verbindung mit dem »kapitalistischen« Geldwesen — einerseits Kapitalakkumulationen zustande, von deren Größenordnung man sich vor hundert Jahren noch nichts hätte träumen lassen, sie brachten andererseits aber auch Möglichkeiten der Beherrschung und Unterdrückung ganzer Völker, von denen man sich ebenfalls im vergangenen Jahrhundert noch keine Vorstellung hätte machen können. »Rußland ist groß, und der Zar ist weit« kennzeichnet wohl treffend die Situation damals. Aber heute? Bis in die letzten Winkel seines Imperiums herrscht Breshnjew! Und wenn heute die Volkssouveränität sich des gesamten Lebens durch seine Reglements bemächtigt, so ist die Freiheit in ihrem Herrschaftsbereich verloren.

Das ist die Gefahr, der wir entgegengehen, wenn dem »Demokratisierungsprozeß« nicht Einhalt geboten wird.

Wir unterstellen Bundeskanzler Brandt nicht, daß er diese Gefahren nicht genau kennt. Dennoch will es uns scheinen, daß er sich dessen noch nicht bewußt ist, daß durch seine eigene Politik der »Demokratisierung« die Überwucherung der Freiheit und der Menschenwürde begonnen, die jakobinische égalité bereits auf leisen Sohlen sein Haus betreten hat.

Deshalb kann es heute nur *eine* vernünftige Parole, zumal für die Opposition im Bundestag, geben: Gebietet der Demokratisierung in Wirtschaft und Kultur Einhalt, geben Sie Freiheit, Sire, Freiheit im

ganzen weiten kulturellen Bereich, und schaffen Sie für die Wirtschaft die Voraussetzung für die Tauschgerechtigkeit, für die Gegenseitigkeit im Geben und Nehmen: Dauerkonjunktur und Dauervollbeschäftigung bei stabilem Geldwert. Dann können wir auf das ganze unfrei machende sozialistische Kurieren an den Symptomen verzichten. Schaffen Sie den freiheitlichen Rechtsstaat, Herr Bundeskanzler!

Wer aber trotzdem des Glaubens ist, es sei in jedem Falle Aufgabe des *Staates,* dem Menschen in allen Fährnissen des Lebens zu helfen; wer unbedingt glaubt, dem Menschen müsse *direkt* vom Staate in allen Fragen von der Altersversorgung bis zum Wohngeld, von der Stellenvermittlung bis zur Einschulung im Kindergarten usw. geholfen werden — statt daß der Staat lediglich für eine sichere und funktionsfähige Grundordnung zu sorgen habe, auf der der Mensch (so er erwachsen und gesund ist) sich und seiner Familie dann selbst helfe — wer also trotzdem *dieser* Auffassung ist und dem Staate den unbedingten Vorrang gibt, der möge dann konsequenterweise nicht mehr von Freiheit, Selbstbestimmung und Mündigkeit des Menschen reden.

Demselben Geist entstammen jene ungeheuerlichen Worte Dostojewskijs aus dem »Großinquisitor«, in dem das von Brandt angezogene Wort aus der Bibel (»der Mensch lebt nicht vom Brot allein . . .«) den Ausgangspunkt bildet für die Anklage des Großinquisitors gegen den in seiner Macht befindlichen Jesus Christus. Da heißt es dem Sinne nach: »Erinnere dich der ersten Frage (des Versuchers Christi — d. R.): »Du willst in die Welt gehen und gehst mit leeren Händen, mit irgendeinem Versprechen einer Freiheit, das sie in ihrer Einfalt und in ihrer angeborenen Zuchtlosigkeit gar nicht begreifen können, und das sie fürchten — *denn für den Menschen und für die Menschengemeinschaft hat es niemals etwas Unerträglicheres gegeben als die Freiheit!* Siehst du aber die Steine in dieser nackten und glühenden Wüste? Verwandele sie in Brote, und die Menschheit wird dir nachlaufen wie eine Herde, dankbar und gehorsam, wenn auch ewig vor Angst zitternd, du könntest deine Hand zurückziehen und deine Brote würden ein Ende nehmen. — Du wolltest aber den Menschen nicht die Freiheit nehmen, und du verwarfst den Antrag: denn was ist das für eine Freiheit, dachtest du, wenn der Gehorsam mit Broten erkauft wird? Du entgegnetest ihm, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt; weißt du aber auch, daß

im Namen dieses selben irdischen Brotes der Geist der Erde sich gegen dich erheben, dich bekriegen und überwinden wird, daß alle ihm folgen werden mit dem Rufe: Wer ist diesem Tiere gleich, das uns das Feuer vom Himmel gegeben hat? Weißt du auch, daß die Menschheit nach Jahrhunderten durch den Mund ihrer Weisen und Gelehrten verkünden wird, es gäbe überhaupt keine Verbrechen, also auch keine Sünde, es gäbe nur hungrige Menschen. — Mache sie satt, und dann darfst du von ihnen die Tugend verlangen! — . . .

»Nein, niemals werden sie ohne uns satt werden. Keine Wissenschaft wird ihnen Brot geben, solange sie Freie bleiben, und *es wird damit enden, daß sie uns ihre Freiheit zu Füßen legen und sagen: Knechtet uns, aber macht uns satt!* Zuletzt werden sie auch selbst einsehen, daß die Freiheit und so viel irdisches Brot, daß jeder satt wird, zugleich nicht denkbar sind, denn sie werden es niemals, niemals zu teilen verstehen! . . .

»Aber was tatest du? Statt dich der Freiheit der Menschen zu bemächtigen, hast du ihre Freiheit noch vergrößert! *Oder hast du vergessen, daß die Ruhe und selbst der Tod dem Menschen lieber sind als die freie Wahl in der Erkenntnis von Gut und Böse?* Nichts ist für den Menschen so verführerisch wie die Gewissensfreiheit, aber auch nichts ist qualvoller als sie.«

Erhaltung der freiheitlichen Demokratie durch Gewaltenteilung

Zu dem Aufsatz von Helmut Schelsky in der FAZ vom 20. Januar 1973: Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?

Heinz Harmut Vogel

Helmut Schelsky datiert mit der Regierungserklärung zum sechsten Deutschen Bundestag 1969 den Beginn einer neuen Phase der Nachkriegspolitik. Eingeleitet wurde sie mit der noch undeutlichen Aufforderung: »Mehr Demokratie wagen.« Die Gesellschaftspolitik findet scheinbar eine neue Motivation. Das Volk soll an seinem politischen Schicksal stärker beteiligt werden. »Mehr Demokratie« soll durch »Mehr Mitbestimmung« in allen gesellschaftlichen Bereichen praktiziert werden. Schelsky weist darauf hin, daß damit ein dem Historiker und Politologen altbekanntes Thema erneut aktualisiert wird, ein politisch-rechtliches Problem, das bereits Aristoteles beschäftigte, wenn er sagt, »daß ein Übermaß an Demokratie in die Diktatur umschlägt« (Schelsky). Vor über 100 Jahren sprach Alexis de Tocqueville in seiner Schrift »Über die Demokratie in Amerika« in diesem Zusammenhang von der »Tyrannei der Mehrheit« in der die verabsolutierte Volksherrschaft enden müsse. Tocquevilles Blick für die Gefahren, die der Freiheit des Menschen durch die totale Demokratie drohen, war an der Französischen Revolution geschult, die im Namen der Gleichheit die Freiheit vernichtete. Die Folge war die napoleonische Herrschaft.

Unterstellt man dem aus seinem »akademisch-geistesgeschichtlichen Dornröschenschlaf« (Schelsky) wiedererwachten Demokratisierungsimpuls das politische Grundmotiv: Herrschaft von Menschen über Menschen zu überwinden, so müssen wir von neuem den Begriff Demokra-

tie (Volksherrschaft) an der Frage prüfen: Bedeutet mehr Demokratie auch mehr Freiheit? Nehmen wir das politische Ziel: Die Befreiung des Menschen ernst, so müßte *mehr* Demokratie gleichbedeutend sein mit *mehr* persönlicher Freiheit. Schelsky hat mit der Formulierung seiner Artikelüberschrift »Mehr Demokratie *oder* mehr Freiheit?« die Antwort vorweggenommen, eine Antwort, die die Geschichte der Revolutionen, die um der Freiheit willen in Szene gesetzt wurden, mit aller Eindringlichkeit erteilt hat (siehe Französische und Russische Revolution).

Es ist Schelskys Verdienst, in den ersten Anfängen einer neuerdings möglichen Politisierung aller gesellschaftlichen Bereiche auf die sattsam bekannten Folgen einer totalitären Volksherrschaft hingewiesen zu haben; verdienstvoll vor allem aber auch deshalb, weil er gleichzeitig den Schlüssel liefert, wie die Identifikation des mündigen Bürgers mit der gesellschaftlichen Ordnung in Permanenz hergestellt werden kann, ohne das politisch-rechtliche Prinzip der demokratischen Entscheidungsfindung zu überfordern. Der ordnungspolitische Schlüssel ist die *Gewaltenteilung*.

Indem Schelsky auf die notwendige Ergänzung des demokratischen Prinzips durch das Ordnungselement der Gewaltenteilung verweist, erweitert er den Montesquieuschen Begriff der ursprünglich streng rechtlich-politisch verstandenen Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative auf die Gesellschaft als Ganzes. Die Zeit Montesquieus hatte noch mit der einseitigen Herrschaftsausübung des Staates (Fürstenabsolutismus) gegenüber der Gesellschaft zu rechnen. Es ging damals zunächst um die Auseinandergliederung der monolitischen Herrschaftsgewalt des Absolutismus, d. h. um die Kontrolle der staatlichen Macht. Durch das Bonner Grundgesetz besteht rechtstheoretisch der Gegensatz von Staat und Staatsmacht einerseits und Gesellschaft andererseits nicht mehr. Das Volk ist der Souverän (repräsentiert durch das Parlament). Wir leben in einer durch das Grundgesetz der Anerkennung der Menschenrechte, der freiheitlichen Demokratie und des sozialen Rechtsstaates in einer »verfaßten Gesellschaft«. Damit ist verfassungsrechtlich Machtausübung von Menschen über Menschen ausgeschlossen. Wenn trotzdem Menschen in ihrer Persönlichkeitsentfaltung durch Menschen oder Institutionen behindert, in Abhängigkeit gehalten oder fremdbestimmt werden, das heißt

aber, wenn trotz rechtlich-politischer Gleichheit aller vor dem Gesetz Menschen über Menschen Macht ausüben, so kann dies nicht an ungenügender Rechtsgleichheit liegen — sie ist durch die Verfassung gewährleistet —, sondern an tieferliegenden unterschiedlichen faktischen Lebensvoraussetzungen. Der Mangel an gesellschaftlicher Gerechtigkeit wird daher durchaus richtig in »ungleichen« geistig-kulturellen und ökonomischen Lebenschancen gesehen. Da man jedoch nicht bis zu den Wurzeln der ungleichen geistigen und wirtschaftlichen Chancen zurückgeht und in den kulturellen und wirtschaftlichen Einrichtungen gegebene Machtfaktoren sieht, glaubt man ihnen nur durch das demokratisch-politische Prinzip der »paritätischen Mitbestimmung« begegnen zu können. Die Vertreter der Machtverteilung durch demokratische Mitbestimmung übersehen vollständig, daß die bestehende Herrschaftsausübung sowohl im kulturellen Bereich (Schulen und Hochschulen) als auch in der Wirtschaft auf Privilegien (Staatsschulprivileg, staatliches Hochschulprivileg) und Monopolen (Bodenmonopol, Kapitalmonopol) beruhen. Nur die Entmonopolisierung des Bildungswesens einerseits und der Wirtschaft andererseits und der ungehinderte Zugang aller zu den Bildungsgütern und zur Kapitalgrundlage wird die Menschen aus der geistigen und ökonomischen Abhängigkeit befreien. Wie dies geschehen kann, wird in diesen Heften seit Jahren dargestellt.

Demokratische Mitbestimmung würde letzten Endes die Politisierung der geistig-kulturellen und wirtschaftlichen Sachentscheidungen bewirken und den einzelnen gerade *nicht* befreien, sondern ihn völlig den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen ausliefern. Er ist dann nicht mehr von einem etablierten einzelnen oder einer Institution (Schule, Hochschule, Wirtschaftsbetrieb) abhängig, sondern von einer mehr oder weniger anonymen Mehrheit. Hier sieht Schelsky mit Recht die Gefahr rein politisch motivierter Machtentfaltung, die ihre Kompetenz nicht ausschließlich aus dem bewiesenen Sachverstand herleiten und ständig neu im freien Wettbewerb unter Beweis stellen muß. Wenn wir nicht — wie dies in der Geschichte oft genug geschehen ist — von neuem einem Gleichheitsfanatismus Tür und Tor öffnen wollen, müssen wir die Vorfrage beantworten, *wie* es überhaupt zur Machtbildung im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich kommen konnte, wo wir doch mit dem Bonner Grundgesetz unter der denkbar freiesten Verfassung leben.

Ohne die primären Strukturfehler unserer kulturellen und ökonomischen Institutionen offen zu legen, müssen alle Entmachtungsversuche durch das unsachgemäße Instrumentarium der politischen Willensbildung nicht nur versagen, sondern zu weiterer Verfremdung und Vermachtung des einzelnen führen. Die verfassungsrechtlich ungedeckten Privilegien und Monopole (Lehr- und Forschungsprivileg staatlicher Hochschullehrer, staatliches Ausbildungsmonopol; Primärmonopole von Boden, Bodenschätzen, Geldmonopol) müssen aufgehoben werden zugunsten eines echten Pluralismus vorhandener und potentieller kultureller und wirtschaftlicher Initiativen. Die Machtkontrolle kann in einer freiheitlichen Demokratie einzig und allein in systemkonformer Weise durch eine wirksame, d. h. rechtlich gesicherte Wettbewerbsordnung durch die Gesellschaft selbst ausgeübt werden.

Werden hierfür nicht die Voraussetzungen geschaffen, dann tritt das ein, wovor Schelsky warnt: »Je stärker solche politischen Konflikte mobilisiert werden, um so unvermeidbarer ist es, daß ihre Fronten aus dem Raum der staats- und regierungsbezogenen Willensbildung auf die anderen Institutionen der Gesellschaft überwandern. Dort werden dann institutionelle Entscheidungen und Verwaltungen dieser politischen Frontenstellung unterworfen. Diese politische Schematisierung der Konflikte geschieht zunächst dort, wo sowieso die Parteien an der Willensbildung beteiligt sind, in den Kommunen, aber auch den Rundfunkhäusern, dann vor allem in den Organisationen der Wirtschaft, der Berufsvertretungen und der Sozialpolitik, übergreifend auf sonst als »apolitisch« angesehene Institutionen wie die Kirchen, Schulen und Hochschulen, die Literatur, um schließlich selbst die im klassischen Sinne als parteipolitisch neutral vorausgesetzten Institutionen der Justiz, des Militärs politisch konflikthaft auszuhöhlen. Die »Demokratisierung«, also die polarisierende Politisierung dieser Bereiche, besteht darin, daß Auswahl- und Aufstiegschancen des betreffenden Personals immer stärker dem Kriterium der Zugehörigkeit zu einem der beiden »großen Lager« unterworfen werden; daß die jeweiligen Sachprobleme der Institutionen zurücktreten gegenüber ihrer Indienststellung für allgemeine politische Ziele; daß damit diese Institutionen alle zu einem Kampfplatz für die Herrschaftsabsichten derer werden, die sich weniger der jeweiligen Sache der betreffenden Institution als der Machtergreifung in ihr zugunsten grundsätzlicher »gesellschaftspolitischer« Zielsetzungen verpflichtet fühlen ...

Die gutgläubige Förderung des Prinzips »Mehr Demokratie« übersieht, daß der moderne demokratische Staat den Schutz des Individuums gegenüber der Herrschaftsgewalt primär durch Aufteilung und gegenseitige Kontrolle der »Gewalten« bewirkt hat. Es ist die echt liberale Form der Herrschaftsbeschränkung. Dabei ist die klassische Gewaltenteilung in Exekutive, Legislative und Justiz insofern nur ein Sonderfall dieses Prinzips, als es historisch zunächst nur um die Aufteilung der staatlichen Regierungsgewalt des fürstlich-monarchistischen Absolutismus ging. Indem die Regierungsgewalt der Kontrolle des Parlaments, also der gruppenhaften Meinungs- und Interessenvertretung, und der Justiz, also der Kontrolle von Sachinstanzen, unterworfen wurde, ist mit Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit dem Schutz der Interessen und der Freiheit des Individuums von vornherein Rechnung getragen worden.

Im Gegensatz zu dem kontinentaleuropäischen hat der angelsächsische Liberalismus (Adam Smith und andere) von vornherein der Aufteilung und Kontrolle der wirtschaftlichen Gewalt grundsätzlichere Aufmerksamkeit zugewandt. Trotz dieser prinzipiellen Wirtschaftsfremdheit insbesondere des deutschen Liberalismus bestimmt aber dieses Prinzip der Gewaltenteilung in der Wirtschaft heute längst auch unsere »freiheitliche Grundordnung«. Sie besteht zunächst in dem sehr simplen, weitgehend unterschätzten Grundsatz, daß politische und wirtschaftliche Herrschaftspositionen nicht identisch sein dürfen, also nicht dieselben Leute die politischen und die wirtschaftlichen Entscheidungen treffen.«

Seien wir uns über eine politische Fundamentalwahrheit im klaren: Macht wird auch in der Demokratie über die Mehrheitsbildung ausgeübt, kann die Mehrheitsentscheidung nur solche gesellschaftlichen der Souverän, das Volk, über sich selbst als Volksganzes Macht ausübt, kann die Mehrheitsentscheidung nur solche gesellschaftlichen Fragen zum Inhalt haben, die sich ebenfalls auf das Gemeinwesen als Ganzes beziehen, d. h. auf überindividuelle gesellschaftliche Normen des Zusammenlebens, der Ordnungsprinzipien, der allgemeinen Rechtsgrundlagen, die dann für alle in gleicher Weise Gültigkeit haben *können*. Darauf bezieht sich der Verfassungssatz: »Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.« Nicht können sie jedoch Anwendung haben auf Angelegenheiten der persönlichen Urteils- und Meinungsbil-

dung, der Wissenschaft, Kunst und Religion, der Wahl der Ausbildung, der Schule, des Berufes, der Berufsausübung usw. kurz: von Mehrheitsentscheidungen sind sämtliche durch den Grundrechtskatalog der Verfassung geschützten kulturellen und wirtschaftlichen Individualentscheidungen ausgenommen. Im kulturellen und im wirtschaftlichen Bereich kommen die gesellschaftlich relevanten Beziehungen der Bürger untereinander durch freie Verträge auf der Basis der Rechtsgleichheit zustande. (Immer unter der Voraussetzung, daß der eine Partner gegenüber dem anderen keine primäre Vormachtstellung — Privileg — Monopol — innehat.)

Es kommt also darauf an, daß die Freiheitssphäre des Individuums sowohl vor Übergriffen politischer Mehrheiten als auch von seiten institutionalisierter kultureller oder wirtschaftlicher Macht geschützt wird. Das allein entspricht den Ordnungsgrundsätzen der freiheitlichen Demokratie. Entscheidende Voraussetzung dafür ist die — auch gesellschaftliche — konsequente Gewaltenteilung durch Förderung und Gewährleistung einer größtmöglichen Vielfalt rechtlich autonomer kultureller und wirtschaftlicher Unternehmungen, die zwar einerseits ausschließlich von den dort engagierten Individuen verantwortet und unterhalten werden, deren Offenheit zur Gesellschaft hin, und deren Kontrolle von seiten der Gesellschaft jedoch durch vollständigen Wettbewerb zu sichern sind. Auch dies hat Schelsky im Bewußtsein und das versteht er unter freiheitlich-demokratischer Ordnung, wenn er schreibt: »Zu fragen ist, was dieses Prinzip der Gewaltenteilung für die Situation und das Verhalten der einzelnen Menschen in einer solchen sozialen Ordnung bewirkt. Zunächst ist ein viel höherer Schutz des einzelnen gegenüber allen Machtkonstellationen gegeben, als je eine auch mehrheitlich bestimmte Demokratie gewähren kann: Die Lebensinteressen des einzelnen erschöpfen sich keineswegs in dem Einfluß, den er auf die politische Willensbildung der obersten politischen Herrschaftsgewalt haben kann; sie werden in ihrer Vielfältigkeit, Widersprüchlichkeit und Individualisierung vor allem dadurch geschützt, daß der einzelne für die verschiedensten Bereiche seines Lebens politische Vertreter und Schutzpatrone findet, die seine jeweiligen Interessen sachlich, mit Engagement und ohne Rücksicht darauf vertreten, ob er zur Mehrheit oder Minderheit der Wähler der jeweiligen politischen Herrschaft gehört, welcher Partei er angehört oder für welche er vo-

tiert hat. Konkret: Meine Freiheit als einzelner besteht darin, daß ich mit meinem Votum als Bundestags- oder Landtagswähler nicht auch meine Interessenvertretung als Arbeitsnehmer oder Beamter, als Elternteil oder Rundfunkhörer, als Hausbesitzer oder Sparer entschieden habe und in allen diesen Lebensbereichen auf politisch gleich vorprogrammierte Entscheidungs- und Verwaltungsinstanzen treffe. Die Vielfalt der in eigener »politischer« Verantwortung entscheidenden Institutionen einer Gesellschaft, die institutionelle Pluralisierung der Macht, bietet die entscheidende Garantie für die Freiheit des einzelnen, seine vielfältigen Interessen und Lebensansprüche verhältnismäßig »herrschaftsfrei« verfolgen zu können.

Wichtiger aber ist eine zweite mit der Gewaltenteilung verbundene Auswirkung: Offensichtlich folgt die gewaltenteilende Verselbständigung von Organisationen und Institutionen einer Funktionenteilung innerhalb einer komplexen Gesellschaft. Das heißt, für jeweils sozial und gruppenhaft wichtige Aufgaben entstehen eigentümlich auf diesen Sachverhalt sich beschränkende Organisationen oder Anstalten, die im Sinne der Gewaltenteilung dafür eigenes Entscheidungsrecht, also mehr oder minder »Autonomie«, erhalten. Diese so funktional unterschiedenen Institutionen, rechtlich in ihrer Zuständigkeit gesichert und gegen andere »Gewalten« abgegrenzt, vermögen nun den ihnen übertragenen Sachbezug in seiner Eigengesetzlichkeit verhältnismäßig unabhängig von der allgemeinen politischen Willensbildung zu entwickeln und zu vertreten. An die Stelle eines politischen Mehrheitswillens tritt als Verantwortungsrahmen für die institutionellen Entscheidungen der Sachverstand und die Anerkennung der Sachgesetzlichkeiten. Daher geschieht in diesen Institutionen das, was die Klassiker des Marxismus als Rationalisierung der Politik erhofft haben: die Ablösung der Herrschaft von Menschen über Menschen durch »Verwaltung von Sachen«.

Das bedeutet aber, daß die Leitung dieser Institutionen ihre Legitimität in ihrer Sacherfüllung und in der Vertretung von Sachinteressen findet, denen gegenüber ihre allgemeinen politischen Überzeugungen zurückzutreten haben, und daß daher die Auswahl der jeweils institutionellen Führungsgruppe unter diesem Gesichtspunkt der Sachkompetenz erfolgen muß, zum Beispiel rechtlich durch den Nachweis einer bestimmten Berufsqualifikation gesichert wird. Die Gegner dieser

Versachlichungstendenz der pluralistischen Institutionspolitik, die Machtergreifer durch »Demokratisierung« und allgemeine Politisierung, diffamieren diese leitende Sachverantwortung als »Technokratie« (übrigens die gleichen, die sich den »Technokraten« der Machtgewinnung, den Wahltaktikern und Revolutionsstrategen bereitwilligst unterordnen).

Die Vorteile dieser institutionellen Gewaltenteilung sind offensichtlich: Der einzelne, der sogenannte »Bürger«, ist sicher, daß seine jeweils individuellen Interessengesichtspunkte in sachlicher Zuständigkeit und Verantwortung wahrgenommen werden; daß er als Sparer oder Aktionär nicht einer allgemeinen SPD- oder CDU-Politik unterworfen, als Bauer, Lehrer oder Student in der Vertretung seiner jeweiligen Berufsinteressen nicht allzu abhängig ist von den Mehrheitsentscheidungen der allgemeinen politischen Willensbildung.

Die Effektivität dieses Systems pluralistischer Sach- und Herrschaftskompetenzen hängt aber vor allem davon ab, daß sich in den Institutionen ein Führungspersonal findet, das unabhängig von den parteipolitischen Alternativen bereit ist, seine persönliche und volle berufliche Initiative und sachpolitische Verantwortungsbereitschaft in die Führung dieser »Geschäfte« zu stecken, ohne jeweils um die sogenannte »Machtbehauptung« auf dem Felde der Mehrheitsdemokratisierung kämpfen zu müssen. Die Tendenz zu »mehr Demokratie« mindert also nicht nur die Sachlichkeit institutioneller Vorgänge zugunsten ihrer Politisierung, sie verringert vor allem den Kreis derer, die persönliche Initiative und soziale Verantwortung in den abgegrenzten Lebensbereichen zu übernehmen bereit sind, für die sie sich sachlich für zuständig und fähig halten, die aber nicht bereit sind, sich an dem Machtkampf der politischen Alternativ-Demokratisierung zu beteiligen.

Die Schwächen eines überzogenen Prinzips der Gewaltenteilung liegen zweifellos in der Abkapselung autonomer Handlungsbereiche und ihrer Institutionen auf Verwaltung des Status quo und damit in der Unfähigkeit, die ihnen vom politisch-sozialen Ganzen übertragenen Aufgaben noch angemessen im sozialen Wandel der Gesamtgesellschaft und unter neuen gesellschaftlichen Anforderungen effektiv lösen zu können. Dies bedeutet nur, daß auch die gewaltenteilig begründeten Institutionen unter dem Dauerdruck der Reform in der Erfül-

lung ihrer gesellschaftlichen Aufgaben stehen. Daraus die Folgerung der Aufhebung oder Zurückdrängung des Prinzips der Gewaltenteilung zu ziehen, wäre genauso inkonsequent wie die Einstellung, aus den Schwächen des Prinzips der Demokratie die Abschaffung pluralistisch-demokratischer politischer Willensbildung zu folgern. Allerdings ist heute in der Bundesrepublik die erste Reaktion unter den demokratischen Parteien verbreiteter, während die letzte nur von einigen totalitären Extremisten von rechts oder mehr noch von links vertreten wird. Aber die Entwicklungstendenz vom Abbau der »Gewaltenteilung« zur totalen »Systemüberwindung« ist ja wohl keineswegs zu übersehen.

So können wir auf der einen Seite feststellen, daß die Gewaltenteilung einen vielfältigeren Schutz des einzelnen, insbesondere in seinen beruflichen und privaten Lebensbereichen schafft, als die Demokratisierung; daß sie den Bereich der Sachlichkeit im sozialen Leben ausdehnt und von hier aus allein eine höhere Rationalität aller Politik zu erwarten ist und daß sie schließlich die selbständigen Handlungs- und Verantwortungsmöglichkeiten für die Menschen außerhalb der zur Zentralisierung hinführenden Alternativ-Demokratisierung der politischen Parteien vermehrt. Auf der anderen Seite muß man immer wieder darauf hinweisen, daß sich diese beiden Prinzipien nicht gegenseitig ausschließen, sondern kontrollierend aufeinander angewiesen sind. Was wir »freiheitlich demokratische Grundordnung« nennen, bezeichnet gerade ein ausgewogenes Verhältnis von Demokratie und Gewaltenteilung im verfaßten sozialen Leben.

Gewaltenteilung durch die Autonomie sachbezogener Institutionen bedarf der Ergänzung durch die Wettbewerbsordnung, die ihrerseits gewährleistet sein muß durch ein Antimonopolgesetz der Wirtschaft und der Kultur.

Fassen wir zusammen:

Die Frage, die Schelsky stellt: »Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?« trifft den Kern des Machtproblems; ob durch Ausdehnung der Volksherrschaft über den staatlich-politischen Bereich hinaus auf kulturelle und wirtschaftliche Sachentscheidungen dem einzelnen mehr Freiheit eingeräumt wird oder ob im Gegenteil durch Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche die Persönlichkeitsrechte schließlich bis zur totalen Bevormundung eingeschränkt werden. Löst die

Forderung nach »mehr Demokratie«, nach demokratischer Mitbestimmung auch in kulturellen und ökonomischen Fragen das Problem der Fremdbestimmung, der Ausübung von Herrschaft von Menschen über Menschen? Wir kommen mit Schelsky zu dem Ergebnis, daß Demokratie, die Herrschaft des Volkes über sich selbst, streng beschränkt sein muß auf die gesellschaftlichen Ordnungsfragen, die für alle in gleicher Weise Anwendung finden können, ohne daß ihre individuellen Grundrechte dadurch angetastet werden.

Der eigentliche Sinn und letztes Ziel aller demokratischen Willensbildung ist vielmehr die Konkretisierung der Grundrechte:

— Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen (Art. 1 GG)
— Das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 GG)
— Die Gleichheit aller vor dem Gesetz (Art. 3 GG)

Ohne die Erfüllung des Grundanliegens des Menschen auf individuelle Freiheit führt »mehr Demokratie« statt zu mehr Freiheit in den politischen Totalitarismus.

Währungskrise ohne Ende?

Hans Hoffmann

Abwertung, Aufwertung, Wechselkursfreigabe, Floating, schmutziges Floating, Interventionen am Devisenmarkt, Manipulierung des Devisenmarktes, Mini-Realignment; so und ähnlich tönt es aus dem Lautsprecher, liest man in den Schlagzeilen der Tagespresse. Was soll der einfache Mann auf der Straße davon halten, was kann die besorgte Hausfrau an weiteren Preisaufschlägen fürchten?

Es scheinen alle internationalen Währungskonferenzen hinter offenen und geschlossenen Türen nutzlos gewesen zu sein. Konventionen hoher Behörden und sogenannter Währungssachverständiger halten keine sechs Monate hin. Und schon wieder verschieben sich die Paritäten, die noch vor kurzem als endgültig und marktgerecht gegolten hatten.

In einer am späten Montagabend des 12. Februar 1973 einberufenen Pressekonferenz hat der amerikanische Schatzsekretär George Shultz bekanntgegeben, daß die Vereinigten Staaten — nach Konsultationen mit den wichtigsten Handelspartnern und im Einklang mit den außenwirtschaftlichen Zielen — eine *unilaterale* Abwertung des Dollars um 10 Prozent durchführen. Damit ist zunächst einmal eine wesentliche Ursache für die Dollarüberschwemmung des europäischen Devisenmarktes beseitigt. Es versteht sich, daß dieser Entschluß Präsident Nixon nicht leicht gefallen sein muß, ist er doch der erste Präsident, in dessen Amtszeit schon zweimal hat abgewertet werden müssen.

Durch diese Verschiebung der Parität des Dollars wird die Handelsposition der Vereinigten Staaten verbessert: die amerikanischen Produkte werden im Ausland nun um etwa zehn Prozent billiger, während die Importe um etwa elf Prozent teurer werden. Das wirkt

sich in einer Erhöhung des amerikanischen Exportes und einer Verminderung des Importes aus, was das Defizit in der amerikanischen Handelsbilanz verringern dürfte, welches von 2 Milliarden Dollars im Jahre 1971 auf 6,4 Milliarden Dollars im Jahre 1972 angestiegen war. Die Folge dürfte eine Verbesserung der Zahlungsbilanz sein und ein langsames Versiegen der Dollarabwanderung ins Ausland.

Die italienische Regierung hat den Wechselkurs der Lira freigegeben. Der Kurs war bereits gespalten gewesen. Gleichzeitig gab Japan den Wechselkurs seiner Währung frei. Israel zog mit einer ebenfalls zehnprozentigen Abwertung des israelischen Pfundes nach, so daß das Pfund nach wie vor 4,2 Dollars gilt. Die kanadische Regierung hat sich entschlossen, ihren Dollar weiterhin frei schwanken zu lassen. Ebenso will die Schweizerische Nationalbank am Devisenmarkt nicht intervenieren. Überraschenderweise erklärt die Deutsche Bundesbank, nicht aufwerten zu wollen, obwohl sie mit der Übernahmepflicht von 7 Milliarden Dollars wohl die Hauptleidtragende war. Die sowjetische Außenhandelsbank hat den Kurs für 100 Dollars von 74,16 auf 82,40 Rubel erhöht.

Die in den Vereinigten Staaten innert vierzehn Monaten zum zweiten Mal durchgeführte Abwertung bedeutet technisch ausgedrückt, daß der offizielle Goldpreis von 38 auf 42,22 Dollars pro Unze ansteigt, bei einem Marktkurs von etwa 60 Dollars. Doch dies ist eine rein theoretische Gleichung, denn seit dem 15. August 1971 ist die Konvertibilität des amerikanischen Dollars durch Präsident Nixon aufgehoben worden, so daß nicht einmal ein Notenbankdirektor Dollars in Gold umwechseln kann.

Die Auswirkungen der neuerlichen Abwertung des Dollars auf die europäischen Staaten, sagen wir einmal auf die Deutsche Bundesrepublik und die Schweiz, sind zunächst in der Erschwerung des Wettbewerbs auf dem amerikanischen Markt zu erblicken, was hauptsächlich die Großmaschinen- und die Uhrenindustrie betreffen dürfte. Wenn es auch die betroffenen Industrien anfänglich etwas schwer treffen mag, so liegt dieser Effekt doch auf der allenthalben anvisierten Linie der Konjunkturdämpfung, welche mit Vehemenz auch von der Exportindustrie — für die andern — vertreten worden ist. Dann werden die Importgüter aus dem Dollarraum um einiges billiger werden, wobei es sich fragen wird, inwieweit diese Verbilligung an die Konsumenten

weitergegeben wird. Man sagt, der Konsument dürfte die Verbilligung der Importgüter höchstenfalls in dem Sinne zu spüren bekommen, daß der Index der Lebenskosten nicht so rasch ansteigt, als er ohne Dollarabwertung angestiegen sein würde.

Für die Schweiz, deren Währung gegenwärtig noch floatet, läßt sich noch kein bestimmtes Austauschverhältnis zum Dollar feststellen. Die Abwertung des Dollars bedeutet eo ipso eine Aufwertung des Schweizer Frankens gegenüber dem Dollar. Diese beträgt wegen des Floatens des Schweizer Frankens gegenwärtig etwa 8 Prozent, dürfte aber zwischen 10—18 Prozent sich bewegen.

Jedermann wird sich die Frage stellen, ob nun diesmal mit Ruhe an der Währungsfront gerechnet werden könne, oder ob diese wieder wie im Dezember 1971 nur von kurzer Dauer ist. Nun, diese Dollarabwertung, verbunden mit der früheren, kann durchaus die Sanierung der amerikanischen Zahlungsbilanz einleiten; deren dauernde Defizite wesentlich zur Überschwemmung der europäischen Devisenmärkte mit Dollars beigetragen haben. Es dürfte somit dieser Anlaß der Unruhe im Währungssektor wesentlich an Gewicht verloren haben, besonders auch im Zusammenwirken mit der Freigabe des Kurses des japanischen Yen. Es waren ja insbesondere die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, welche sich durch ein großes Ungleichgewicht ausgezeichnet hatten.

In der Deutschen Bundesrepublik wurde die Dollarabwertung und die Freigabe des Yen begrüßt. Finanzminister Schmidt wies darauf hin, daß der Hebel am richtigen Ort angesetzt worden sei, da man in Deutschland stets auf dem Standpunkt gestanden habe, es handle sich um eine Dollarkrise und nicht um eine solche der DM. Die zehnprozentige Abwertung des Dollars bedeutet eine Aufwertung der DM um 11,1 Prozent gegenüber dem Dollar. Man hofft, daß die 10 Milliarden Dollars, welche in den letzten zwei Tagen vor dem Währungsumschwung nach Deutschland eingeströmt sind, wieder abwandern. Interessant ist jedenfalls zu vermerken, daß man einzig aus der Bundesrepublik Töne von dirigistischen Eingriffen zur Absicherung der DM hört, eine Folge des Festhaltens an der bisherigen Parität, des Festhaltens an einem fixen Wechselkurs. Was hätte wohl Schiller getan?

Nun wird man sich fragen, ob die getroffenen Maßnahmen richtig gewesen sind und vor allem, ob damit die Währungskrise behoben ist.

Da ist zunächst einmal zu sagen, daß grundsätzlich jede Paritätsänderung oder die Wechselkursfreigabe schon als solche zu begrüßen sind. Ob hingegen die Abwertung des Dollars um zehn Prozent richtig bemessen ist, das wird erst der Markt beweisen. Wer nicht den Mut hat, den Kurs seiner Währung frei schweben, floaten zu lassen, wer somit sich auf eine neue Parität fixiert, der wird in Bälde wieder vor einem Dilemma stehen und Präsident Nixon wird sehr wahrscheinlich eine dritte Paritätsänderung während seiner Amtszeit erleben müssen. Gewiß, eine Währungsanpassung ist keine Wunderwaffe, welche auf einen Schlag die Probleme löst. Aber sie schafft die kursmäßigen Voraussetzungen für eine bessere Wettbewerbsposition und damit für eine Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits und der Kapitalflucht. Es bedarf erheblicher Anstrengungen der amerikanischen Exportwirtschaft, was nicht so ohne weiteres zu einem durchschlagenden Erfolg führt, da viele amerikanische Firmen ihre ausländischen Kunden immer mehr durch ihre ausländischen Tochtergesellschaften beliefern lassen. Erschwert wird der erhoffte Zahlungsbilanzausgleich jedenfalls durch die sekundierenden dirigistischen Maßnahmen, welche nicht nur in den USA, sondern auch im sich schützenwollenden Ausland ergriffen werden und sich bestimmt nicht koordinieren lassen. Protektionistische Maßnahmen führen von vornherein nicht zum Erfolg. Diese Gefahr besteht jedoch überall dort, wo man seinem eigenen währungspolitischen Entschluß nicht traut oder gar vor seinem eigenen Mut erschrickt.

Man ist geneigt, eine Abwertung mit dem Eingeständnis der wirtschaftlichen Schwäche gleichzusetzen. Das kann man indessen von der amerikanischen Wirtschaft nicht sagen, ist sie doch mit Blick auf das Pro-Kopf-Einkommen wohl die stärkste und leistungsfähigste westliche Volkswirtschaft. Dann haben die USA auch eine geringere Inflationsrate als manches europäische Land. Diese beiden Faktoren sind also gewiß nicht die Ursache der amerikanischen Abwertung. Die Notwendigkeit dazu ergab sich aus dem großen Zahlungsbilanzdefizit. Ein solches konnte sich Amerika leisten, weil der Dollar Reservewährung ist. Wäre dies nicht der Fall, dann hätten die USA schon längst wirksame Maßnahmen gegen die großen Zahlungsbilanzdefizite ergreifen müssen. Daß der Dollar immer noch Reservewährung ist, kann man gewiß nicht als Schwäche der amerikanischen Wirtschaft be-

zeichnen, denn das Geld einer schwachen Volkswirtschaft kann ja nicht Reservewährung werden und bleiben.

Ob diesmal eine längere Ruhepause erhofft werden kann, ob die Verkrampfung der wirtschaftlichen Beziehungen für längere Zeit gelöst werden konnte, läßt sich nur tendenziell sagen. Eine Verkrampfung der währungspolitischen Beziehungen gibt es im Grunde genommen nur zwischen Ländern, welche eine Politik fester Wechselkurse betreiben. Die Moral von der Geschichte ist, daß die Wechselkurse einer flexibleren Politik zu unterstellen sind und daß man erkennt, daß die Änderung einer Parität nicht mehr als eine Staatsaktion betrachtet wird, wie das da und dort noch der Fall ist. Es ist zu hoffen, daß man die notwendigen Lehren nun weltweit gezogen hat und sich nun nicht mehr die Plackereien auflädt, die mit einer Fixkurspolitik verbunden sind. Auch sollte man sich nicht mit doppelten Wechselkursen und ähnlichen fragwürdigen Maßnahmen belasten.

Immerhin, man darf rückblickend durchaus zufrieden sein. Vor zwanzig Jahren wurde noch nicht einmal die Stabilität des inneren Geldwertes *groß* geschrieben. Vor zehn Jahren war noch gar nicht an ein Floating zu denken. Und heute findet man bei eng benachbarten Währungen einen bunten Strauß von Paritätskorrekturen und keiner der zahlreichen Kommentatoren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wagt zu sagen, es sei nun die neue Grundlage für eine Stabilisierung gefunden. Auf die Frage, warum denn so wenige Monate nach der letzten Währungsrunde schon wieder alles »zusammengekracht« sei, wird heute verkündet, man hätte »damals schon gewußt«, daß etliche Kursfestsetzungen unrealistisch gewesen seien. Wenn man es aber schon weiß, warum tut man einen Schritt, der nicht zum Ziel führt? Wer kann übrigens von sich behaupten, zu wissen, um wieviele Prozente »realistisch« auf- oder abzuwerten sei? Dies zu bestimmen überläßt man am besten dem freien Markt, aber dem *wirklich freien.* So ist zu hoffen, daß in Bälde sämtliche 124 Mitglieder des Internationalen Währungsfonds floaten.

Die Bedeutung des Zinsfußes für das wirtschaftliche Gleichgewicht

Ernst Winkler

Eine kritische Auseinandersetzung mit Reinold Kraeger: »Eine Grundgleichung der Nationalökonomie mit Anwendung auf die Zinspolitik der Währungsbehörde« (im Selbstverlag; Oberursel/Taunus 1971, 40 Seiten).

Nach einer der »Zusammenfassung« dienenden kurzen Einführung entwickelt R. Kraeger an der Leitidee der »Grundgleichung« seine wirtschaftstheoretische Untersuchung in folgenden *3 Kapiteln:*

I. Bewegungsseite der Grundgleichung (S. 3—14);
II. Antriebsseite der Grundgleichung (S. 15—22);
III. Anwendungen (S. 23—39).

Wir wollen uns mit diesen in verschiedener Hinsicht interessanten Gedanken unter folgenden *3 Gesichtspunkten* auseinandersetzen:

1. Spiel mit mathematischen Formeln;
2. wirtschaftspolitische Argumentationen;
3. kritische Würdigung.

Abschnitt 1 Berichtet über die beiden Kapitel I, II und Abschnitt 2 über Kapitel III dieser Untersuchung, während Abschnitt 3 sie in einen größeren theoretischen Zusammenhang einordnet, anknüpfend an die in Kapitel III (ab S. 33) durchgeführte Gegenüberstellung der »Folgerungen aus dieser Grundgleichung« zu den »Schlußfolgerungen anderer Autoren«.

1. Spiel mit mathematischen Formeln (zu Kap. I, II)

a) Die exakten Naturwissenschaften und besonders die klassische Mechanik inspirieren begreifliche Wunschträume mancher Nationalökonomen wie Walter-Georg *Waffenschmidt* (Wirtschaftsmechanik; Stuttgart 1957) und Hubertus *Hoernke* (Elemente der Mechanik in

der Physik und in der Nationalökonomie; Heidelberg 1956). Dessen Versuch, das wirtschaftstheoretische Gegenstück der berühmten *Newtonschen Grundgleichung* $K = m \cdot b$ (»Kaft = Masse mal Beschleunigung«) zu entwickeln, ist auf halbem Weg (nämlich bei der rechten »Bewegungsseite« dieser Gleichung) steckengeblieben und wird von R. Kraeger mit gutem Geschick (nämlich durch Ausbau der linken »Antriebsseite«) zu Ende geführt. Offenbar übt die ebenso einfache *wie exakte Formel* $K = m \cdot b$ *eine viel stärkere* Faszination aus als die wesentlich komplizierteren Gesetze der Thermodynamik und der Elektrodynamik, zweier gleichfalls exakter physikalischer Disziplinen, die jedoch sehr bald das Vorbild der Mechanik zugunsten ihrer andersartigen Eigengesetzlichkeiten verworfen haben und vermutlich auch größere Verwandtschaft zu den gleichfalls komplizierten Gesetzen der Wirtschaftstheorie aufweisen[1].

Es handelt sich bei den genannten Theoretikern der Nationalökonomie um ein für mathematisch interessierte Leser (allerdings nur für diese!) recht interessantes und amüsantes *Spiel mit Formeln* — nicht mehr! Denn erstens ist nach dem eigenen Geständnis des Autors (S. 20) ein praktisches Benützen und Verifizieren seiner Grundgleichung mangels erforderlicher statistischer Unterlagen »noch« undurchführbar und sind etwaige Modifikationen »vielleicht unumgänglich« (und zwar nicht nur für die anschauliche »Gesamtgleichung« S. 20, sondern erst recht für die abstraktere und im Grund wirklichkeitsferne »Matrizengleichung« S. 17). Zweitens werden die »Anwendungen« — wie nach dem Gesagten nicht anders zu erwarten — eigentlich nicht aus der Grundgleichung deduziert, sondern nur aus deren Antriebsseite, und zwar keineswegs durch mathematische Rechnung (wie bei Newtons Aufbau der Klassischen Mechanik), sondern nur durch verbal formulierte Argumentationen, für die ebensogut eine nur verbal formulierte Antriebsseite der Grundgleichung den Ausgangspunkt liefern könnte. Endlich drittens liefert sie in der Tat nur den Ausgangspunkt und nicht die Grundlage für solche verbal gewonnenen Schlußfolgerungen, wie der Autor selbst offen zugibt: »Tiefere Einsichten erschließen sich erst, wenn zwei zusätzliche Annahmen einge-

1 Vgl. dazu etwa die in Form von Differentialgleichungen geschriebenen »analytischen Formeln des Geldstromes« in E. Winkler, Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung. Heidelberg-Ziegelhausen 1952, in IV § 5.

führt werden, die der Realität der gegenwärtigen Situation vieler Industriestaaten nahekommen« (S. 23).

b) Aus diesen Gründen können wir uns die *Auseinandersetzung mit der Grundgleichung*, also dem Inhalt der beiden ersten Kapitel I, II leicht machen — und noch leichter dem mathematisch uninteressierten Leser, der getrost gleich zum folgenden Abschnitt 2 überspringen kann.

Wir wollen das Ergebnis in folgender, stark vereinfachter Schreibweise wiedergeben:

$$\text{Grundgleichung } J = r \cdot Du \text{ mit } J = k\,(G—Z).$$

Dabei wurde hier (abweichend von R. Kraeger) zwecks drucktechnischer Vereinfachung der Buchstabe D als Symbol der Differentiation nach der Zeit t eingeführt, d. h. Du bedeutet (als abgekürzte Schreibweise des Differentialquotienten $Du = du/dt$) die zeitliche Änderung von u. (Newton hat stattdessen das bequeme Symbol des Differentiationspunktes über dem Buchstaben u eingeführt, während Kraeger gelegentlich, nämlich S. 12—14 die irreführende Schreibweise des Differentials du statt des Differentialquotienten verwendet.)

Ferner wurden zur Erleichterung für den Sezter wie für den Leser sämtliche Indizes fortgelassen. In der Schreibweise als »Matrizengleichung« haben nämlich alle Größen der Grundgleichung mit Ausnahme der Konstanten r (aber mit Einschluß der Konstanten k) die beiden Indizes i, j, weil sie gerichtete Relationen zwischen zwei Wirtschaftssubjekten Nummer i und j bezeichnen. (Mathematisch interessierten Lesern sei der Leckerbissen nicht vorenthalten, daß es sich hier um einen »topologischen Raum« handelt, nämlich um einen »Graphen«, der zwar topologisch ist, aber doch durch die getroffenen Festsetzungen auch »gerichtet« und »bewertet« werden konnte.)

Durch Summierung über alle Indexpaare (i, j) des Wirtschaftssystems geht die »Matrizengleichung« in die »Gesamtgleichung« über, wobei J und u den Index »ges« erhalten, während G und Z durch ihre Mittelwerte (Index m) ersetzt werden, mit der Folge, daß (G — Z) noch mit dem Faktor N = Zahl aller Paare (i, j) zu multiplizieren ist. In der vorliegend vereinfachten Wiedergabe denken wir uns diesen Faktor N in den — übrigens nicht definierten — Proportionalitätsfaktor k einbezogen.

c) Nach diesen rein formalen Erklärungen ist es höchste Zeit für

die *inhaltliche Erklärung der Grundgleichung:* $J = r \cdot Du$ als dem Gegenstück zu $K = m \cdot Dv$. Hier bedeutet $Dv = b$ die Zunahme der Geschwindigkeit, also die Beschleunigung (bzw. die Verzögerung für den Fall, daß Dv negativ ist). Ferner bedeutet u den Wirtschafts-Waren- und Dienstleistungs-Strom (und zwar für ein Paar von Wirtschaftssubjekten in der Richtung von i nach j im Fall der Matrizengleichung) oder, was auf dasselbe hinausläuft, den entgegengesetzt gleichen Geldstrom (von j nach i fließend). Freilich ist zu beachten (und zwar mit kritischerem Blick als Kraeger), daß diese Gleichwertigkeit nur unter der wichtigen Voraussetzung neutralen, also wertstabilen Geldes gilt. Schließlich ist noch das Symbol J zu erklären; es bedeutet die »wirtschaftliche Antriebskraft« der Ströme u und ändert diese demnach in analoger Weise wie die physikalische Kraft K die mechanische Geschwindigkeit v.

Die ganze *ungeklärte Problematik* der Grundgleichung sammelt sich in dem mysteriösen *Proportionalitätsfaktor r,* der nach Kraeger aus rein äußerlicher Analogie zu m »als eine Größe von der Dimension einer Substanz angesehen werden muß« (S. 12). In Wahrheit ergeben sich folgende Dimensionen: für die physikalische Geschwindigkeit: »Weg/Zeit«, dagegen für wirtschaftliche Geschwindigkeit, wie z. B. die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes: »1/Zeit«, ferner für die Investition: »Geldmenge/Zeit« und dieselbe Dimension auch für die Wirtschaftsströme, wenn Waren und Dienstleistungen im gemeinsamen Maß ihrer Preise erfaßt werden, und zwar immer (!) unter der gemachten Voraussetzung neutralen Geldes. Da nun die Grundgleichung offenbar aussagen soll, die Investition sei proportional zur Zunahme der Warenströme pro Zeit, so muß der Proportionalitätsfaktor r die Dimension der Zeit haben, wenn die Gleichung in den Dimensionen stimmen soll.

Bei sinngemäßer Deutung muß der Wirtschaftsstrom u als ein »Substanzstrom« von Waren und Dienstleistungen dem physikalischen Impuls mv entsprechen. In voller Analogie zur mechanischen Grundgleichung »Kraft = Änderung des Impulses« lautet dann die wirtschaftstheoretische Grundgleichung in Worten: »Investition J ist Änderung der Wirtschaftsströme u = mv«, also in Formel: $J/r = D(mv)$ oder nach einer bekannten Differentiationsregel: $J/r = v \cdot Dm + m \cdot Dv$, d. h. die Zunahme des Warenstromes setzt sich zusammen aus der Zu-

nahme der produzierten Warenmenge und der Zunahme der Produktionsgeschwindigkeit[2]. *Nur* unter der speziellen Voraussetzung Dm = 0, also Konstanz der Masse bzw. der produzierten Warenmenge ergibt sich die vereinfachte Form J/r = m · Dv analog zu K = m · b; diese spezielle Voraussetzung ist in der klassischen Mechanik (Newton), aber nicht in der relativistischen Mechanik (Einstein) zulässig und keinesfalls im System einer wachsenden Wirtschaft.

Noch abwegiger als Kraegers Annahme r = m ist die von Hoernke vermutete, aber von Kraeger nicht weiter verfolgte Gleichsetzung r = u. Sie führt zur Grundgleichung J = u · Du und je nach Interpretation von u zur mechanischen Analogie K = v · Dv oder aber K = mv · D (mv), also in beiden Fällen zu einer sinnlosen Formel. Auch für das Spiel mit Formeln gilt also: Zu jedem echten Spiel gehören gewisse Schwierigkeiten, damit es seinen Reiz nicht zu schnell verliert!

Die eigentliche Leistung Kraegers in diesem Zusammenhang, allerdings in unmittelbarer Anlehnung an J. M. Keynes, ist die Deutung der »wirtschaftlichen Antriebskraft« J, nämlich in der Matrizengleichung als Investitionsneigung des betreffenden Unternehmers Nr. i (mit etwas gekünstelter Deutung des zweiten Index j) und in der Gesamtgleichung als die gesamte Investition, die als das objektive Ergebnis aus den verschiedenen, rein subjektiv definierten Investitionsneigungen aller Unternehmer vermutet wird. Dabei wird von Keynes der Ansatz übernommen: J = k (G—Z), d. h. die Investitionsneigung ist proportional zur Gewinnerwartung, die definiert wird als Überschuß der Grenzleistungsfähigkeit (G) des investierten Kapitals (= zu erwartende Kapitalrendite) über dem Zinsfuß (Z) des für die Investition aufzubringenden oder in Rechnung gesetzten Geldzinses.

d) In der hier verwendeten vereinfachten Schreibweise lautet demnach die

Grundgleichung: G—Z = r · Du,

wobei die 3 Konstanten k, N, r der Gesamtgleichung in einen einzigen Proportionalitätsfaktor r zusammengefaßt wurden. Hieraus werden nun folgende 2 Folgerungen bezüglich der linken Gleichungsseite, also

2 Dabei ist hier v als wirtschaftliche Geschwindigkeit mit der Dimension 1/Zeit zu verstehen.

der Differenz G—Z gezogen: Diese Differenz ist erstens beschränkt, weil das Wirtschaftswachstum einer Beschränkung $r \cdot Du < M$ unterliegt[3] wegen der Begrenzungen für Wirtschaftsausstattung und verfügbare Arbeitskräfte; zweitens muß sie positiv sein, wenn eine Wirtschaftsschrumpfung (negatives Du) vermieden werden soll. Es handelt sich also um zwei triviale Feststellungen über das Größenverhältnis zwischen erwarteter Kapitalrente G und Zinsfuß Z, zu deren Begründung kein mathematischer Formelaufwand erforderlich wäre.

Bedeutsamer ist jedoch die weitere Folgerung, daß sich der Zinsfuß Z zwischen zwei Grenzen bewegt, nämlich der folgenden Ungleichung[4] genügt:

$$G - M < Z < G.$$

Die Überschreitung der oberen Grenze G führt zur Wirtschaftsschrumpfung, also zur Deflation, während die Unterschreitung der unteren Grenze G—M eine Inflation auf indirektem Weg verursacht, weil nämlich bei so niedrigem Zinsfuß die Währungsbehörde der Wirtschaft mehr Geld zuführt, »als zur Auslösung der höchstmöglichen Umsatzzunahme erforderlich ist« (S. 21). Diese Regeln des *»mittleren Gleichgewichtszinsfußes«* zur Vermeidung von Geldwertschwankungen wurden nun allerdings durch allgemeine Wirtschaftsüberlegungen begründet, die weit über die Aussagekraft der Grundgleichung hinausgehen und nicht mathematisch deduziert werden konnten.

2. *Wirtschaftspolitische Argumente (zu Kap. III)*

a) Zunächst begründet Kraeger aus dieser Feststellung (1 d) die *Verpflichtung der Währungsbehörde,* den langfristigen Zinsfuß Z durch Handhabung der Geldmenge (Diskont-, Mindestreserven- und Offene-Markt-Politik) auf den angegebenen Bereich des *Gleichgewichtszinses* »einzustellen«, also je nach Entwicklung von G (erwartete Realkapitalrente) und M (Maximalwert der Wirtschaftsexpansion $r \cdot Du$) »entsprechend nachzustellen«, um deflationäre bzw. inflationäre Geldwertänderungen zu verhindern. Hier ist der kritische

3 Der hier verwendete und auch später wieder auftretende Buchstabe M und ebenso die Buchstaben S (in 2 b) und L (in 3 a) werden abweichend von Kraeger in dieser Besprechung zwecks bequemerer Formulierungsmöglichkeiten eingeführt.

4 Erläuterung: Die untere Grenze folgt aus $G—Z<M$, die obere aus $G—Z>0$. $> O$.

Einwand angebracht, daß die Konjunktursteuerung bekanntlich nicht nur die Geldmenge, sondern ganz besonders die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes berücksichtigen muß und daß hier ein technisch noch ungelöstes Problem liegt, an dem Kraeger fast durchweg geflissentlich vorbeisieht (z. B. ausdrücklich S. 30 Mitte), und zwar aus dem einfachen Grund (!), weil er seine als Ausgangspunkt aller Überlegungen dienende Grundgleichung unter der Voraussetzung neutralen Geldes entwickelt hat.

b) Im übrigen knüpfen die »Anwendungen der Grundgleichung« (Kap. III) nur an zwei Stellen (S. 27 unten und S. 31 Mitte) an diese Gleichung an, und zwar in rein verbal-formaler Weise ohne rechnerische Deduktionsversuche, vielmehr genau besehen an die vorstehend erklärten, auch ohne Grundgleichung begründbaren Relationen. »Die tieferen Einsichten erschließen sich« nämlich (S. 23) vermöge der folgenden *»zwei zusätzlichen Annahmen«:*

(1) Mit wachsender Wirtschaft (positives Du) nehmen die prozentualen Erträge der Investitionen ab und daher auch (wie durch eine einfache Rechnung in Anlehnung an Keynes gezeigt wird) die Grenzleistungsfähigkeit (G) des Kapitals, und zwar nach Keynes mit der Tendenz, auf das Niveau des langfristigen Zinsfußes (Z) abzusinken. Das bedeutet kurz gesagt: Die Differenz G—Z ist die psychologische Ursache für fortgesetzte Investition J und diese wiederum die wirtschaftliche Ursache für die Abnahme eben dieser Differenz gegen Null.

(2) Es gibt eine untere Zinsschranke S = ca. 6% als institutionelles Hindernis für ein Absinken des langfristigen Zinsfußes Z unter diese Schranke S. Sie »kommt dadurch zustande, daß die öffentliche Hand zu diesem Zinsfuß in großem Umfang dem Kapitalmarkt Kredite zu entnehmen beginnt, so daß Zinssenkungen notwendig zum Erliegen kommen« (S. 25 unten). Würde die öffentliche Hand Abstinenz in der Kreditaufnahme üben, so würde die erhöhte private Investition das Wirtschaftswachstum fördern und damit dem Staat ein erhöhtes Steuereinkommen als bessere Möglichkeit zur Finanzierung seiner Vorhaben verschaffen. Die konjunkturschädliche Wirkung der Schranke S zeigt sich, wenn gemäß Annahme (1) die abnehmenden Renditen (G) schließlich unter S sinken und die aus der Differenz G—S motivierte Investitionstätigkeit streikt wegen der Gefahr von

Verlusten bei Aufnahme von Fremdkapital für Investitionen.

c) Aus diesen Überlegungen gewinnt Kraeger eine aufschlußreiche Erklärung der *schleichenden Inflation*, für die (nach seiner Versicherung auf S. 27 oben) »noch keine sichere Ursache angegeben werden konnte« und die unter Umständen gleichzeitig mit einer Geldmengeninflation bestehen kann. Wenn nämlich bei streikender privater Investition die öffentliche Hand durch Ausgaben für gewinnarme Projekte die Ersparnisse in den Wirtschaftskreislauf ohne Zunahme der Produktivitätskapazität überführt, so führt das chronisch zu geringe Angebot an Gütern und Dienstleistungen gegenüber der gleichbleibenden Nachfrage zu Preissteigerungen mit geringen jährlichen Raten von 2—3%. Es ergibt sich ein Zustand der *Stagnation bei Inflation*, wenn die Preissteigerungen nicht groß genug sind, um zusammen mit den reinen Erträgen einen Gewinn zu gewährleisten. Kraeger erläutert diesen Zusammenhang mit Berufung auf Gisbert *Rittig* (Das Dilemma der Konjunkturpolitik; Der Volkswirt, 1967) an der Situation kurz vor Ausbruch der Rezession im Sommer 1966 in der BRD. Das herkömmliche Abhilfeverfahren einer deflationistischen Politik des Geldentzuges verschärft die Situation, führt zur Liquidierung der wenig rentierenden Altinvestitionen, zum Schrumpfungsprozeß und zur Gefahr eines perniziösen Abstiegs.

d) Das *wirtschaftliche Gleichgewicht*, d. h. Geldwertstabilität bei gleichzeitiger Erhaltung der Konjunktur kann gemäß der Forderung von *Rittig* und entgegen der fatalistischen Theorie von L. Albert *Hahn* (Ewige Hochkonjunktur und kommandiertes Wachstum; Tübingen 1967) hergestellt werden. Denn nach Kraeger »gibt es aus der Sicht der Grundgleichung nicht nur einen Punkt, sondern Bereiche, innerhalb deren die relevanten Größen Geldwertstabilität unter Erhaltung der Konjunktur gestatten. Diese relevanten Größen sind: Diskontsatz, Mindestreserven, langfristiger Geldzinsfuß und Geldmenge, wenn in diesem Zusammenhang einmal von der Umlaufgeschwindigkeit abgesehen werden darf« (S. 30 Mitte), wobei nun freilich das Wort »darf« mit einem Frage- und Ausrufe-Zeichen zu versehen wäre. Als Mittel zur Herstellung dieses Gleichgewichtes empfiehlt Kraeger eine geeignete *Zinspolitik* mit folgendem *Postulat* an die Währungsbehörde und an die staatliche Politik für öffentliche Anleihen (gesperrt gedruckt auf S. 31): Der langfristige Geldzinsfuß (Z)

muß im Bereich des »mittleren Gleichgewichtszinsfußes« (vgl. 1 d), insbesondere unterhalb der beständig absinkenden Grenzleistungsfähigkeit (G) des Kapitals gehalten und die untere Zinsschranke (S = ca. 6%) muß durch staatliche Abstinenz bei der Kapitalnachfrage abgebaut werden.

e) Da also die Zinspolitik vorrangig dem wirtschaftlichen Gleichgewicht zu dienen hat, muß ihr Einsatz zur Regulierung der *Geldbewegung zwischen In- und Ausland* beschnitten und durch ein anderes (nämlich ausgesprochen dirigistisches) Instrument ersetzt oder wenigstens ergänzt werden, nämlich: Überwachung aller grenzüberschreitenden Geldüberweisungen und Bargeldbewegungen; Regulierung der Abschöpfungs- bzw. Zuschußsätze entsprechend dem Zinsgefälle zu anderen Ländern. Als Erleichterung werden für Touristen pauschale Freibeträge mit Nachweisverpflichtungen für überschießende Beträge konzediert; außerdem dürfen die Warenexporte und -importe für den Fall der Abrechnungen in den Heimatländern und -währungen von der Kontrolle befreit werden.

3. Kritische Würdigung

a) Zum Abschluß seiner Untersuchung (ab S. 33) setzt sich Kraeger kurz mit A. *Hahn*, K. *Wicksell* und ebenso beiläufig mit J. M. *Keynes* (S. 35 f.) auseinander, obwohl gerade für diese letzte Auseinandersetzung eine Vertiefung besonders notwendig und fruchtbar wäre. Keynes hat nämlich nicht nur die sinkende Tendenz der Kapitalrendite (G) und des Zinsfußes (Z) entdeckt, über die Kraeger schon vorher berichtet hatte (vgl. 2 b), sondern auch eine grundsätzliche Schranke dieser Abnahme: Der Geldzinsfuß Z hat eine absolute, tiefer als S = ca. 6% liegende Schranke L = 2 bis 2,5%, deren Ursache subjektiv in der *Vorliebe für Liquidität* liegt und objektiv in einer Wesenseigenschaft unseres Geldes, nämlich seiner wertbewahrenden *Hortbarkeit* begründet ist. Aber Kraeger bagatellisiert diese äußerst wichtige Erkenntnis durch die Bemerkung, daß für unsere Wirtschaft vorerst nur die höhere Schranke S entscheidend sei und daß selbst nach deren Überwindung die Annäherung an die Schranke L lange dauern würde. »Denn für den Aufbau einer entsprechenden Kapitalausstattung wird viel Zeit benötigt, schätzungsweise etwa ein Dezennium« (S. 36).

b) Zusammenfassend können wir also verschiedene Bereiche für die

mögliche bzw. zulässige *Bewegung des langfristigen mittleren Zinsfußes* Z feststellen mit der gleichen oberen Schranke G, aber 3 quantitativ verschiedenen, weil qualitativ verschiedenartigen unteren Schranken, nämlich nach den folgenden Ungleichungen:

$$G—M < Z < G; \qquad L < S < \quad Z < G$$

Dabei ist die flexible Schranke G—M mit M = Max (r · Du) durch den Ablauf der freien Wirtschaft (vgl. 1 d), die feste Schranke S = ca. 6% durch die Wirtschaftspolitik des Staates (vgl. 2 b) und die absolute Schranke L = ca. 2,5% durch die Struktur unseres Geldwesens (vgl. 3 a) bestimmt.

Die von Kraeger mit Recht als konjunkturschädlich bezeichnete Schranke S ist die Folge zu starker staatlicher Einwirkungen auf die Wirtschaft und soll nach seinem Vorschlag dadurch überwunden werden, daß dem Staat zwar eine gewisse Abstinenz empfohlen, aber in der weiteren Folge der staatliche Einfluß durch Dirigismus noch erheblich verstärkt wird, d. h. der Teufel soll mit Beelzebub ausgetrieben werden. Die Zwielichtigkeit solcher Methoden hat sich erst kürzlich wieder anläßlich der letzten Dollarkrise[5] in aller Deutlichkeit gezeigt.

Die Schranke L dagegen ist charakteristisch für eine »freie kapitalistische« Wirtschaft (wobei die Bezeichnung genauso widersprüchlich ist wie das Bezeichnete), d. h. eine Wirtschaft, die zwar von staatlicher, nicht aber von privatwirtschaftlicher Vermachtung frei ist (Charakteristikum des Hochkapitalismus, allerdings nicht mehr unseres heutigen Spätkapitalismus). Die Schranke L verschwindet, sobald ihre Ursache, nämlich die wertbewahrende Hortbarkeit des Geldes, durch eine geeignete technische Form der Umlaufsicherung beseitigt ist. Diese entscheidend wichtige Erkenntnis wurde von S. Gesell entdeckt und von Keynes zögernd bestätigt; sie wird von Kraeger ebenso wie die entscheidende Bedeutung der Umlaufgeschwindigkeit nur beiläufig berücksichtigt, aber von den Vertretern des Seminars für freiheitliche Ordnung entschieden herausgestellt.

Mit dem Abbau der Schranke L fällt automatisch auch die Schranke G—M. Denn dann können Renditen (G) und Zinsen (Z) in voller

5 Diese hat sich freilich im Zeitraum zwischen der Verfassung und der Drucklegung des vorliegenden Aufsatzes als vorerst »vorletzte« Dollarkrise erwiesen.

Auswirkung ihrer sinkenden Tendenz (vgl. 2 b) sich unbegrenzt dem Nullwert nähern, aber mit ihrem Pendeln knapp über diesem Wert noch immer ihre Steuerungsfunktion auf dem Geld- und Kapitalmarkt voll ausüben. Die Investitionsbereitschaft hängt nun nicht mehr von der Differenz G—Z ab, aus der sich die untere Schranke G—M herleitet, weil die Umlaufsicherung bei Strafe des Verlustes alle liquiden Geldmittel in den Konsum oder in die Investition treibt. Die Investitionsneigung bleibt ja die gleiche, ob sie nun aus der Hoffnung auf mindestens 2,5% Gewinn für Investition oder aus der Furcht vor sicherlich 2,5% Verlust für Hortung entspringt.

Das Endergebnis dieser Entwicklung ist nicht nur wirtschaftliches Gleichgewicht, also Geldwertstabilität bei Erhaltung der Konjunktur, sondern eine wirklich »freie« Marktwirtschaft, nämlich ebenso frei von staatlicher wie von privatwirtschaftlicher Vermachtung, und erst dadurch auch eine »soziale«, nämlich von Ausbeutung befreite Marktwirtschaft. Die Begründung dieser schon oft beschriebenen Entwicklung würde den Rahmen der vorliegenden Auseinandersetzung sprengen.

c) Stattdessen soll mit Rückbesinnung auf den Ausgangspunkt in konzentrierter Darstellung eine *kritische Würdigung* für die Leistung Kraegers versucht werden. Sein Verdienst liegt nicht in der Entwicklung einer »*Grundgleichung der Nationalökonomie*«, die sich zu seiner wirklichen Leistung etwa so verhält wie die Zierleiste eines Pkw zu dessen Motor. Immerhin mag sie eine psychologische, wenn auch nicht logische Begründung dieser eigentlichen Leistung darstellen, die mit dem Mittelteil des Kapitels III (etwa S. 26—33) erbracht wurde und in der »zweiten zusätzlichen Annahme« (S. 25 f.; vgl. 2 b) ihren durchaus originalen Ursprung hat.

Diese Leistung (und nur sie) macht auch die grundsätzliche Auseinandersetzung im Kreis des Seminars fruchtbar, und zwar für beide Diskussionspartner und für ihr gemeinsames Bemühen um das wirtschaftliche Gleichgewicht. Dabei kann die theoretische Erörterung allerdings nicht darauf verzichten, noch etwas tiefer zu bohren, als Kraeger es in seiner Auseinandersetzung mit dem Zinsproblem tut, z. B. durch die von Gesell und Keynes aufgeworfene Frage nach *Ursache und Wesen des Zinses*. Die Antwort kann sich nur durch Synthese der beiden unvollständigen Hälften einer Zinstheorie ergeben,

deren eine (nach Ad. Smith und K. Marx) aus der Produktivitätstheorie und deren andere (nach S. Gesell und J. M. Keynes) aus der Geldtheorie hergeleitet wurde: Der *angebotene* Zins hat seine Quelle im Produktionsgewinn G, der *geforderte* Zins in der Liquiditätsvorliebe L, die sich auf die Hortbarkeit des Geldes stützt. Nur diese, nach beiden Seiten vollständige Erklärung des Zinses deckt den eigentlichen Grund für den festgestellten Bewegungsspielraum des Zinsfußes Z auf gemäß der Ungleichung: $L < Z < G$.

d) Neben der theoretischen Klärung in der Kontroverse zwischen den beiden Standpunkten, etwa R. Kraeger einerseits und Seminar für freiheitliche Ordnung anderseits, ist eine *pragmatische komplementäre Ergänzung* der vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht weniger wichtig. Für die jeweils aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Situation mag Kraegers Diagnose zutreffen und daher die Erkenntnis von Gesell und von Keynes in der Tat »uninteressant sein, weil sie nicht aktuell ist« (S. 36); daher redet man mit solchen Argumenten an der aktuellen Situation vorbei und nützt weder dieser noch der eigenen, grundsätzlich richtigen Idee. Anderseits aber darf man beim erforderlich nüchternen Blick auf die aktuelle Situation niemals das Fernziel aus dem Auge verlieren, d. h. die jeweils zu ergreifenden Maßnahmen dürfen den Weg auf dieses Ziel nicht blockieren. Auf *keinen* Fall darf die letzte Ursache der Krankheit unseres Wirtschaftssystems durch das Kurieren ihrer an der Oberfläche liegenden Symptome verdeckt werden. Und auf *jeden* Fall kann der Schaden dirigistischer Maßnahmen auf Dauer nicht durch Verstärkung, sondern nur durch Abbau von Dirigismus überwunden werden in der angestrebten Richtung auf mehr Freiheit mit mehr sozialer Gerechtigkeit.

Zeitkommentare

Bericht aus Deutschland*

Bei uns hier in der Bundesrepublik Deutschland sieht es im Augenblick nicht sehr rosig aus. Die euphorische Stimmung nach dem Wahlsieg der SPD und der FDP über die CDU/CSU ist inzwischen in skeptische Zurückhaltung umgeschlagen. Trotz einer recht bequemen Mehrheit der Regierungskoalition von SPD und FDP kommt Brandt mit dem Regieren nicht recht voran. Auch der offensichtliche Prestigeverlust des bisherigen Oppositionsführers und die ziemliche Konzeptionslosigkeit seiner Partei können da Brandt nicht helfen. Man gibt sich zwar auf Regierungsseite noch immer hocherfreut über die Ostverträge und das zu erwartende ungehinderte Passieren des sogenannten Grundvertrages mit der DDR, aber man hat auch gemerkt, daß man dem Frieden doch nicht trauen kann. Die Regierung versucht, einen mittleren Kurs zu fahren, der in Zukunft noch weitere bisherige CDU-Wähler zum Umschwenken nach links bewegen könnte, aber die ganz Linke möchte nun nach dem Wahlsieg auch ihr Stillhalten vor der Wahl honoriert sehen. Mehr Mitbestimmung von Gewerkschaftsvertretern in den Großbetrieben, größere Einflußnahme auf die Medienpolitik, verstärkte Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens, bessere Alters-, Invaliden- und Krankenversorgung zu Lasten der Allgemeinheit, weiterer Ausbau des staatlichen Schul- und Hochschulwesens bei erweiterter Mitbestimmung der Schüler und Studenten, kurzum eine allgemeine Sozialisierung und Demokratisierung des ganzen Lebens — das sind die Forderungen, denen sich Bundeskanzler Brandt nun gegenüber sieht und die dazu beitragen könnten, daß der Zulauf von der Rechten (oder der Weglauf von Barzel und seiner noch immer nicht regenerationsbereiten CDU/CSU) doch nur sehr zögernd, wenn überhaupt, stattfindet. Und in diese Situation hinein, die auch der Bundeskanzler mit seiner ausgesprochen betulichen, landesväterlich-freundlichen, verbindlichen, unklar gehaltenen Regierungserklärung nicht recht auflockern konnte, schlug nun vor zehn Tagen wie ein Donnerschlag die neuerliche Währungskrise ein. Vielleicht sollte ich darüber etwas mehr sagen, wenn Sie auch sicherlich durch die dortigen Zeitungen unterrichtet sind.

Es fing damit an, daß die italienische Lira die feste Währungsparität nicht mehr halten konnte und nach französischem Muster die Spaltung des Wechselkurses vornahm. Die Folge war, daß ein Devisenstrom nach Zürich einsetzte, der die Schweizer zwang, die Stützung des Dollarkurses einzustellen und den Wechselkurs freizugeben. Damit war aber halb Europa den Sicherheit suchenden Dollars versperrt, denn Frankreich hatte ja bereits im Juli 1971 die Spaltung des Devisenmarktes vorgenommen, und London hatte im Juni 1972 die Wechselkurse freigegeben. Somit blieben als fast einzige Länder für eine Flucht aus dem Dollar und Konvertierung in festere Währungen Japan und die Bundesrepublik Deutschland. Am 2. Februar traf diese Flut mit aller Wucht die Bundesbank in Frankfurt. Innerhalb der letzten zehn Tage sind für rund zwanzig Milliarden D-Mark Dollar von der Bundesbank angekauft worden, um den im Washingtoner Abkommen vom 18. Dezember 1971

* Mit freundlicher Genehmigung des Verfassers einem nach Übersee gerichteten Briefe entnommen.

festgesetzten untersten Interventionspunkt vom DM 3,15 für $ 1,— nicht unterschreiten zu lassen. Zwar entschlossen sich Bundesregierung und Bundesbank schon in der ersten Nacht nach Beginn der Flut, unter Anwendung des Außenwirtschaftsgesetzes, keinerlei inländische Wertpapiere und Aktien mehr zum Verkauf an Ausländer freizugeben und jede Kreditaufnahme im Ausland zu verbieten, aber von weiteren Maßnahmen war eine volle Woche lang nicht die Rede. Offensichtlich glaubten der zuständige Finanzminister Helmut Schmidt und seine Berater, die Flut werde doch noch zum Stillstand kommen. Es geschah indessen nichts dergleichen, so daß man sich schließlich gestern zu einer vorläufigen Schließung der Devisenbörse entschloß.

Was soll nun geschehen? Fast pausenlose Konferenzen in Bonn, in Paris, in Brüssel, in Basel, eine Blitzreise des amerikanischen Währungsbeauftragten, Unterstaatssekretär Volcker, um die halbe Welt haben bis zur Stunde kein Ergebnis gezeitigt. Was könnte überhaupt geschehen? Zwei Gesichtspunkte sind, von uns aus gesehen, dabei vor allem zu beachten: Wie können wir die eingeströmten zwanzig Milliarden D-Mark oder wenigstens einen Teil davon stillegen, damit die Inflation nicht noch viel rascher voranschreitet? Und wie können die außerhalb der USA „herumvagabundierenden« über siebzig Milliarden Dollar so neutralisiert werden, daß sie nicht weitere Währungskrisen auslösen können?

Zum ersten wäre zu sagen: geschieht nichts, bleiben die zwanzig Milliarden im Umlauf — wohlgemerkt: zusätzlich zu den bereits umlaufenden Milliarden —, so schreitet die Inflation munter voran, das Preisniveau wird steigen, das Lohnniveau desgleichen, die Exporte werden nachlassen, die Importe ansteigen, Unterbeschäftigung — zumindest relative Unterbeschäftigung — wird die Folge sein. Kurzum, der von der „englischen Krankheit", der „Stagflation", her bekannte Zustand wird bei uns einkehren. Ob wir dann mit ebensoviel Gleichmut und bundesdeutscher Geschlossenheit diesen Zustand bis zu seiner Überwindung ertragen werden wie die Engländer, das wird man mit Fug und Recht bezweifeln müssen. Dirigisten und Schwärmer roter Couleur in noch weit zahlreicherer Menge, als heute schon bei uns herumlaufen, werden das Feld zu bestimmen suchen.

Ein anderer, der wahrscheinlichere Weg wird sein, daß man versuchen wird, die zwanzig Milliarden D-Mark irgendwie aus dem Verkehr zu ziehen. Die Mindestreserven, die die Geschäftsbanken bei der Bundesbank unterhalten müssen, werden bis zum äußersten erhöht. Freilich werden dadurch in erster Linie der auf Kredite angewiesene Mittelstand getroffen, die Zinssätze werden steigen, das Bankgeschäft wird eingeengt — vorwiegend zu deren Lasten.

Und auch dann noch wird die Inflation weitertraben. Und die Dirigisten werden, auf das englische Beispiel verweisend, Preisstop fordern. Ob Helmut Schmidt dann die Geister, die er selbst gerufen hat (und die Schiller im Juli 1972 veranlaßten, seinen Dienst zu quittieren), wieder los werden wird?

Zur Frage nach der Neutralisierung der Eurodollar wäre zu sagen: es gibt nur eine auf die Dauer alle Teilnehmer befriedigende Lösung: Freigabe der Wechselkurse. Da sich die Amerikaner selbst aufgrund der Vorstellungen der Milton-Friedman-Schule dazu durchgerungen haben, diese »monetaristische" Lösung als die richtige anzu-

sehen; und da wir also bei Einschwenken auf den gleichen Kurs keine den Schutz Europas tangierende außenpolitische Verwicklungen mit ihnen zu befürchten haben, besteht keine Veranlassung mehr, der Flexibilität der Wechselkurse nicht zuzustimmen.

Freilich wird diese Lösung zunächst erhebliche Härten zur Folge haben: auch hier wird der Export erschwert, der Import begünstigt, die Zahlungsbilanz ausgeglichen. Es wird Schwierigkeiten innerhalb der EWG geben, vor allem mit Frankreich — da dadurch gegen alle diesbezüglichen europäischen Abmachungen, zumal die Landwirtschaft betreffend, verstoßen würde. Aber wir können nicht beides zugleich haben, Flexibilität des Dollarkurses und feste Paritäten auf Dollarbasis als Grundlage der europäischen Agrarpreise. In diesem Zielkonflikt ist der Flexibilität unbedingt der Vorrang zu geben. Wir haben übrigens um so mehr Veranlassung, diesmal die Erfordernisse der USA zu beachten, als wir und die EWG-Länder bislang den Amerikanern nicht jene handelspolitischen Zugeständnisse gemacht haben, die als Voraussetzung für die Zusage der Dollar-Abwertung im Washingtoner Abkommen vom Dezember 1971 versprochen waren.

Neben der allgemeinen Wechselkursfreigabe gibt es natürlich eine Reihe anderer Möglichkeiten, die Währungsverhältnisse zu ändern — aber keine, sie allgemein zu bessern. Zur Diskussion stehen:

— Starre Aufwertung der D-Mark und des Yen — dagegen spricht alle Vernunft, denn die Währungskrise ist eine Folge der Überschwemmung der Welt mit Dollar, und diese wiederum eine Folge der Überbewertung des Dollars im Vergleich zu Yen, D-Mark usw. (dadurch enorme amerikanische Importüberschüsse und Kapitalausfuhr aus den USA);

— starre Abwertung des Dollar alleine — dagegen wehrt sich das amerikanische Prestige-Empfinden, zumal Japan gegenüber, das aufgrund seiner bisherigen günstigen Wechselkursrelation zum Dollar den Großteil der amerikanischen Importüberschüsse lieferte;

— starre Aufwertung der D-Mark und des Yen bei gleichzeitiger Abwertung des Dollar — diese Lösung käme den wirklichen Bedürfnissen schon näher, träfe aber den bundesdeutschen Exporte sehr hart;

— Spaltung des Wechselkurses in der Bundesrepublik nach französischem Muster, also feste Kurse wie bisher für den Handel, bewegliche Kurse für den Kapitalverkehr — dieser Weg wird aber allgemein für praktisch undurchführbar gehalten;

— die Einrichtung von Dollar-Sonderkonten in der Bundesrepublik, darauf Wechselkursflexibilität und freie Verfügbarkeit über den Dollar — dies läuft auf die Aufhebung der freien Konvertierbarkeit des Dollars hinaus und dürfte politisch nicht realisierbar sein;

— Beibehaltung der festen Kurse aller EWG-Länder untereinander und gemeinsame Flexibilität aller EWG-Währungen dem Dollar gegenüber — dies wäre, politisch gesehen, die wohl beste Lösung, sie wird aber vorerst unerreichbar sein wegen der bevorstehenden Wahlen in Frankreich und wegen der so ganz unterschiedlichen Interessenlage der EWG-Länder untereinander.

Welche dieser Lösungsmöglichkeiten letzten Endes gewählt werden wird, ist zur Stunde nicht abzusehen. Jedenfalls sehen die Realitäten z. Z. noch so aus: Die Franzosen werden auf jeden Fall bei ihrem gespaltenen Wechselkurs bleiben. Die Engländer wer-

den den flexibelen Wechselkurs unter Beibehaltung der Lohn- und Preiskontrollen aufrechterhalten. Die Schweiz beläßt es bei der vollen Flexibilität. Italien dürfte wohl beim gespaltenen Kurs bleiben, wiewohl die Vollflexibilität im Gespärch ist. Nur Japan wird, das gilt als sicher, zu flexibelen Kursen übergehen bei Aufrechterhaltung des Verkaufsverbots von Kapitalanlagen japanischen Eigentums. Das alles kann nur heißen, daß die Bundesrepublik alleine, bestenfalls im Zusammenwirken mit den USA, zu einer Lösung kommen kann.

Eben jene letztere Möglichkeit soll — so hört man im Augenblick (am 12. Februar) — ernstlich im Gespräch sein. Und zwar in der Weise, daß sowohl die USA den Dollarkurs freigeben oder abwerten, die Japaner den Yen-Kurs freigeben und die Bundesrepublik den DM-Kurs.

Geben wir uns für heute der Hoffnung hin, daß dieses Wunder eintreten wird.

12. 2. 1973 gez.: F. L. G.

Nachwort der Redaktion

Inzwischen ist eine erste Entscheidung zur Beendigung der Währungskrise getroffen worden. Das »Wunder« ist allerdings nicht eingetreten. Doch wurde der Dollar um 10 Prozent abgewertet, der YEN-Kurs freigegeben. Der D-Mark-Kurs bleibt jedoch unverändert, außer natürlich im Verhältnis zu Dollar und Yen. Auch ist von einem Abbau der sonstigen Schmidtschen Restriktionen — Verbot, deutsche Wertpapiere und Aktien an Ausländer zu verkaufen; Kredite über DM 50 000,— im Ausland aufzunehmen; Genehmigungspflicht für ausländische Investitionen über DM 500 000 in der Bundesrepublik; und der 50-prozentigen Bardepotpflicht — noch nicht die Rede. Ja, die Bardepotpflicht soll sogar auf 100 Prozent erhöht werden.

Eine grundlegende Lösung des Währungsproblems ist das also nicht. Immerhin ist es — vom Nichtabbau der deutschen Restriktionen abgesehen — ein Schritt in die richtige Richtung.

Die über sechs Milliarden Dollar werden hoffentlich bald — mit dem entsprechenden 10prozentigen Abschlag — wieder zurückgekauft und dadurch die zwanzig Milliarden D-Mark an die Bundesbank zurückfließen. Die verschärfte Inflationstendenz würde sich dann wieder abschwächen.

Die Folgen der Dollar-Abwertung für unseren Export werden im übrigen bald spürbar werden. Nicht wenige Firmen werden betroffen sein. Denn wir haben zwanzig Jahre lang auf falschen Wechselkursen eine bedeutende Exportüberkapazität aufgebaut.

Freilich hatte wir auch zwanzig Jahre lang die Stimulanz für die Konjunktur, die von der importierten Inflation ausging. Sollte die Inflation eines Tages zum Stillstand kommen — was allerdings nicht zu erwarten ist —, werden wir uns über die sich daraus ergebenden Wirkungen noch wundern.

Der Währungsgewinn der Banken, Firmen und Spekulanten, die ihre Dollar rechtzeitig in D-Mark umgetauscht hatten, ist geradezu ungeheuer: rund zwei Milliarden D-Mark! Zu Lasten der Bundesbank — letztlich zu Lasten aller Bundesdeutschen. — Ob Schiller uns das auch beschert hätte?

Seminar für freiheitliche Ordnung
der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V.

29. Tagung

Für 1973 ist die Sommertagung des
Seminars für freiheitliche Ordnung
für die Zeit
vom 21. bis 29. Juli
wieder in der Bauernschule
in Herrsching am Ammersee
vorgesehen.

Vorläufiges Thema:

Gibt es einen dritten Weg?

Marksteine und Zielgedanken zur Überwindung privater und kollektiver Macht

Bitte merken Sie den Termin jetzt schon vor und machen Sie auch Ihre Freunde auf die Tagung aufmerksam.

Marksteine und Zielgedanken zur Überwindung privater und kollektiver Macht

Europa und die Welt können keinen wirklichen Frieden finden, solange der Ost-West-Gegensatz als Kampf um Machtpositionen geführt wird. Zwischen Ost und West wird es auch in Zukunft wesentliche weltanschauliche Gegensätze geben, die das geistige Antlitz der Erde prägen. Wenn östliche und westliche Weltanschauung, Wissenschaft und Bildung jedoch zu Machtideologien mißbraucht werden, tritt an die Stelle geistig-kultureller Begegnung und gegenseitiger Befruchtung der politische Kampf von Machtblöcken, dem die kulturellen und wirtschaftlichen Hilfsquellen dienstbar gemacht werden.

Europa lebt in dem Spannungsfeld dieses Ost-West-Gegensatzes.

Wenn es sich nur darum handelte, zwischen dem sozialistischen System des Ostens und dem kapitalistischen System des Westens das ökonomisch ergiebigere zu wählen, fiele die Entscheidung zugunsten des westlichen Systems nicht schwer, zumal die kapitalistische Wirtschaft und die auf ihr gegründete Gesellschaftsordnung der persönlichen Freiheit einen relativ weiten Spielraum beläßt. Es handelt sich aber gerade nicht um die Wahl zwischen Systemen mit einem größeren oder geringeren Wohlstandseffekt, sondern um die grundlegende Frage nach dem *menschengemäßen* Sozialsystem, nach einem Gemeinwesen, dessen Rechtsordnung Machtausübung von Menschen über Menschen in jeder Form schon von der Rechtsgrundlage her ausschließt. Bei der Analyse der gegenwärtigen politischen Situation und künftigen Entwicklung müssen wir daher vom Menschen als dem entscheidenden Kriterium ausgehen, und zwar vom individuellen, autonomen, nicht primär interessengebundenen Menschen.

Unter diesem Aspekt heißt die gesellschaftliche Alternative nicht: Sozialismus o d e r Kapitalismus. Es kann sich auch nicht um einen einfachen Brückenschlag oder Kompromiß zwischen den beiden sich ausschließenden Systemen handeln, denn das Maß an persönlicher Freiheit, die das kapitalistische Wirtschaftssystem dem einzelnen immer noch gewährt, würde dann endgültig in der kollektiven „Gerechtigkeit" sozialistischer „Errungenschaften" untergehen. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, einen originären „dritten Weg" zu finden, der frei von Interessengebundenheit, frei von Ideologien und Machtansprüchen gesellschaftliche Lebensformen rechtlich begründet, die sich ausschließlich am Menschen und seinen individuell-geistigen, mitmenschlich-sozialen und natürlich-wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen und Lebenszielen orientieren.

Die kommende Herrschinger Tagung soll dazu beitragen, diesen dritten Weg — jenseits kollektiver und privater Machtansprüche — näher zu bestimmen mit dem Ziel, daß persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit durch eine Ordnung der Gegenseitigkeit von individuellen Ansprüchen und individuellen Leistungen auch politisch verwirklicht wird.

Kommen Sie zur Herrschinger Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 21.—29. Juli in der Bauernschule in Herrsching am Ammersee.

Wir laden Sie zur Mitarbeit ein!

Seminar für freiheitliche Ordnung

Folgende Vorträge und Kurse sind vorgesehen:

1. Wo stehen wir auf dem Weg zur Freiheit für alle?
2. Freiheitsimpuls zu Beginn der Neuzeit — Keime zu einer gesamtgesellschaftlichen „Gewaltenteilung"
3. Die erkenntnistheoretischen Voraussetzungen des Selbstbestimmungsrechtes des Menschen — Worauf gründet sich der Freiheitsanspruch des Menschen?
4. Autonomie und gesellschaftliche Verantwortung von Schulen und Hochschulen — Überwindung von Machtpositionen im Bildungswesen
5. Lernzielplanung und totalitäre Gesellschaftspolitik
6. Rechts- und Strukturfragen zur freien Stiftungsuniversität

1. Über die Macht
2. Mehr Demokratie — oder mehr Freiheit?
3. Mißverstandene Demokratisierungstendenzen — eine Gefahr für die Freiheit und ein Weg zu kollektiver Macht
4. Die Grenzen der Wirksamkeit des Staates

1. Hemmungslosigkeit oder Proportionalität des Wirtschaftswachstums — ein gesellschaftliches Machtproblem
2. Löst die soziale Marktwirtschaft das Machtproblem in der Wirtschaft?
3. Was bedeutet „Wirtschaftsdemokratie"? — Keine Mitbestimmung ohne Mitverantwortung im Betrieb
4. Über die Notwendigkeit eines Weltwährungssystems
5. Die Bodenrechtsreform
6. Zielsetzung und Rechtfertigung wirtschaftlicher und politischer Systeme
7. Östliche Wirtschaftsreformen und wirtschaftsdemokratische Ansätze in der CSSR

Mitwirkende

Eckhard Behrens, Assessor, Universitätsverwaltung Heidelberg
Detlef Böhm, M. A., Bochum-Langendreer
Johannes Flügge, Prof. Dr. phil., Pädagogisches Seminar, Freie Universität Berlin
Günter Friedrich, wissensch. Assistent, Universität München
Hans-Ullrich Gallwas, Wissenschaftlicher Rat Prof. Dr. jur., Universität München
K. P. Hensel, Prof. Dr. rer. pol., Leiter der Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftl. Lenkungssysteme, Universität Marburg
Jobst von Heynitz, Assessor, München
Hermann Hummel-Liljegren, Prof. Dr. jur., Universität Berlin
Gerhard Leibholz, Prof. Dr. jur., Bundesverfassungsrichter i. R., Göttingen
Heinz-Peter Neumann, Direktor der LVA Berlin
Jan Osers, Dipl.-Ing., Universität Mannheim
Fritz Penserot, Kirn/Nahe
Elmar Pieroth, MdB, Dipl.-Volksw. (Pieroth-Modell), Bad Kreuznach
Volker Schmidt, Dr. rer. pol., Ministerium für Städtebau und Raumordnung, Bonn
Heinz-Hartmut Vogel, Dr. med., Bad Boll
Lothar Vogel, Dr. med., Ulm
Paul Ludwig Weihnacht, Dr. phil., ehem. wiss. Ass. beim Deutschen Bildungsrat (Prof. Dr. Hans Maier), Universität München. Jetzt Dozent für politische Wissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Freiburg
Ernst Winkler, Dr. rer nat., Mathematiker und Physiker, Lehrbeauftragter für die Ausbildung von Realschullehrern am Staatsinstitut München-Pasing

Studienkreis für freiheitliche Ordnung CH-8400 Winterthur

Veranstaltungen 1973

24./25. 2. und 3./4. 3. 1973
Doppelwochenende mit Dr. med. *Lothar Vogel*, Ulm:
Der Mensch und seine Sozialordnung
Die Verfremdung des Menschen als Zeitproblem
Die organische Eigenentwicklung der menschlichen Natur
Goethes Gesetz von Polarität und Steigerung als Erkenntnisprinzip des Organischen
Das Wesen der Arbeit
Kunst, Religion und Wissenschaft
Elemente einer organischen Wirtschaftsordnung
Die Ich-Organisation des Menschen und die Interdependenz der Ordnungen im sozialen Organismus.
Tagungsort: Zürich, Zürichbergstr. 88 (Tobiasschule)
18. 3. 1973
H. K. R. Müller, Braunschweig u. A.
Tagung über Fragen des Bodenrechts
26. 5. bis 3. 6. 1973
Studienfreizeit in Valbella GR
3./4. 11. 1973
Wochenende in der Heimstätte Boldern-Männedorf
Frühjahr 1974
Die Dreigliederung des sozialen Organismus

Anmeldungen baldigst erbeten an M. und H. Kaiser, CH-8400 Winterthur, Brühlbergstraße 66 (Detailprogramme auf Anforderung).

Bericht des Arbeitskreises Berlin des Seminars für Freiheitliche Ordnung über die Veranstaltungen im Jahre 1972

Im vergangenen Jahr hat sich die Tätigkeit des Arbeitskreises Berlin sehr lebhaft und anregend gestaltet. Der Kreis hat sich erweitert und manchmal ist es schon schwierig, genügend Platz für die Veranstaltung in meinem Hause zu finden. Besonders erfreulich ist, daß weitere junge, aufgeschlossene Menschen den Weg zu uns gefunden haben und nun laufend teilnehmen. Besonderen Wert legen wir darauf, daß stets ausreichend Zeit für eine Aussprache vorhanden ist. Monologe werden nicht geduldet.

Im Jahre 1972 wurden folgende Referate gehalten und diskutiert:
Heinz Parrmann
Der authentische Mensch und die heutige Gesellschaft.
Bernhard Schaeffer
Zur Humanisierung der Technik:
Die „Implosion" als realistischer Weg zur Energieversorgung.
Heinz-Peter Neumann
Das Prinzip der Profitmaximierung.
Ein Versuch zur Klärung.
Heinz-Peter Neumann
Verteilungsgesetze des Kapitalismus.
Hartmut Werner
Bericht über die Sommertagung des Seminars vom 22. Juli bis 1. August 1972 in Herrsching am Ammersee, die unter dem Thema stand
Prioritäten für die Gesellschaft.
Die Gesellschaft im Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Expanison und menschlicher Entfaltung.
Heinz-Peter Neumann
Die Verteilung des Volkseinkommens im Jahr 1971.

Friedrich Wolf
Geld, Kredit und Zins
— kritisch betrachtet —.
Friedrich Wolf und
Fritz Andres
Wie vollzieht sich im Kapitalismus die Ausbeutung?
Hartmut Werner
Amerikanische Universitätsausbildung und deutsches Hochschulstudium.

Für die nächsten Abende sind folgende Themen vorgesehen:
Grundsätzliches zur Grundrentenfrage
Die Bodenreformvorschläge der Parteien.
Der Novellierungsentwurf des Berliner Universitätsgesetzes.
Die Zukunft des Weltwährungssystems.
Die Buchgeldfrage.
Die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland.
Demokratie und Wahlrecht.
Grundlagen der Waldorf-Pädagogik.

Freunde und Interessenten des Seminars, die in Berlin wohnen, sind herzlich eingeladen, an den Abenden teilzunehmen. Ich bitte hierzu um kurze schriftliche Anmeldung.

Heinz-Peter Neumann
1 Berlin 33 (Grunewald)
Trabener Straße 22a

Zahlen aus der Volkswirtschaft

zusammengestellt von Diederich Römheld

Zeitpunkt oder Zeitraum	Bargeld-umlauf[2]	Preisindices[3] Grund-stoffe	Einzelhan-delspreise	Lebens-haltung[4]	Handels-bilanz +Export-überschuß	Arbeitsmarkt ofrene Stellen	Arbeits-lose
	ME/JE Mio.DM	MD/JD[6] 1958-100	MM/JI 1958-100[5]	MM/JD 1962-100	MS/JS Mio.DM	ME/JD Tsd.	ME/JD Tsd.
1967	31 574	104,0	120	114,4	+16 862	301,9	465,9
1968	32 499	100,7	107,1	116,1	+18 372	498,2	312,7
1969	34 617	101,9	108,7	119,3	+15 584	754,7	175,5
1970	36 480	104,3	112,5	123,7	+15 670	792,0	140,7
1971	39 494	105,2	118,0	130,5	+15 892	641,2	196,5
12/71	39 494	105,6	120,1	133,1	+ 1 870	438,0	269,8
1/72	38 500	105,8	121,1	134,3	+ 1 069	460,7	375,6
2/72	38 421	106,5	121,7	135,0	+ 1 760	501,6	369,0
3/72	40 247	107,1	122,3	135,6	+ 1 679	536,3	268,3
4/72	40 540	107,3	122,5	135,9	+ 1 358	554,9	231,2
5/72	40 516	107,9	122,7	136,5	+ 1 315	576,6	208,3
6/72	42 379	108,3	123,3	137,4	+ 1 235	600,8	190,2
7/72	43 121	108,5	123,8	138,5	+ 1 622	600,8	196,8
8/72	42 656	109,4	123,6	138,5	+ 1 342v	596,2	198,3
9/72	42 722	110,1	125,0	140,0	f	593,6v	194,7v
10/72	41 737	111,0	125,7	140,6	+ 2 632	558,4	214,9
11/72	44 754	111,5	126,3	141,2	+ 1 704v	512,1v	235,6v
12/72	f	f	126,8	141,8	f	477,6v	279,2v

MA, MM, ME, MS, MD Monats-
JA, JM, JE, JS, JD Jahres- } -anfang, -mitte, -ende, -summe, -durchschnitt

f) Zahlen liegen noch nicht vor v) vorläufige Zahlen

Anmerkungen:

1) Die hier wiedergegebenen Zahlenfolgen sind noch nicht saisonbereinigt.

2) Bilanzzahlen der Deutschen Bundesbank, also ohne vom Bund aus ausgegebene Scheidemünzen und mit Kassenbeständen der Kreditinstitute sowie mit den im Ausland befindlichen deutschen Noten.
Der Bargeldumlauf M ist neben seiner Umschlagehäufigkeit U und dem Warenangebot Q ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für das Preisniveau P:MxU = QxP (FISHERsche Tauschgleichung).

3) Diese Indexzahlen geben nicht notwendig die Entwicklung des Preisniveaus P wieder, da sie jeweils nur einen kleinen Ausschnitt aus dem gesamten Warenangebot berücksichtigen.

4) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des allein verdienenden aushaltsvorstandes.

5) Ab Mai 1968 ist 1962 das Bezugsjahr.

6) Ab 1969 ist 1962 das Bezugsjahr.

Quellen:
Ausweise, Monatsberichte und Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt/Main; »Statistischer Wochendienst« des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden

Erwin Stein zum 70. Geburtstag

Am 7. März 1973 begeht der ehemalige hessische Kultusminister und Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, Profesor Dr. jur. Erwin Stein, seinen 70. Geburtstag.

Das Seminar für freiheitliche Ordnung und die Redaktion »Fragen der Freiheit« nehmen dieses festliche Ereignis zum Anlaß, ihrem bedeutenden Förderer auch an dieser Stelle die allerherzlichsten Glückwünsche auszusprechen.

Mit zahlreichen grundlegenden Vorträgen und Aufsätzen zu den gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit, die in Fragen der Freiheit seit über zehn Jahren veröffentlicht wurden, hat der bekannte Rechtsgelehrte nicht nur der wissenschaftlichen Arbeit des Seminars wesentliche Impulse gegeben, sondern damit und durch sein Wirken in der Öffentlichkeit der Idee der politischen Freiheit unschätzbare Dienste geleistet. Die Wahl zum Ombudsmann kurz nach seinem Ausscheiden aus dem höchsten deutschen Gericht, zeugt von dem hohen Vertrauen, das man ihm in seinem Heimatland Hessen nach den Jahren der Abwesenheit bewahrt hat. Wir wünschen dem Jubilar, daß ihm seine Gesundheit und uns allen sein segensreiches Wirken noch viele Jahre erhalten bleiben möge.

Seminar für freiheitliche Ordnung

In Druck:*

Lothar Vogel

Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus

sozialanthropologische Studien zum Kultur-Rechts- und Wirtschaftsleben

Teil I Sozialanthropologie und Phänomenologie der Wirtschaft

1. Die Arbeit — 2. Die Grundlagen der Wirtschaft — 3. Funktionen der Wirtschaft — 4. Die Wirtschaftskrisen — 5. Geschichtliche Beispiele zu Inflation und Deflation — 6. Die Wirtschaft in ihren sozialen Verflechtungen — 7. Motive zur Geschichte des Geld- und Bodenzinses — 8. Die Verwirklichung des Menschen im Wirtschaftsleben

Teil II Betrachtungen zur Kultur-, Rechts- und Sozialgeschichte

1. Zur Kulturanthropologie — 2. Die orientalischen Hochkulturen — 3. Die Geburt Europas — 4. Die keltogermanische Epoche — 5. Das Früh- und Hochmittelalter — 6. Das Spätmittelalter — 7. Die sozialen Kämpfe des 16. Jahrhunderts — 8. Die Neuzeit — 9. Das soziale Kunstwerk, die Antwort des mitteleuropäischen Geisteslebens auf die französische Revolution — 10. Der Kampf und die Freiheit

Teil III Die Sozialordnung der Freiheit

1. Die Ichorganisation des Menschen. Erkenntniswissenschaftliche Vorbetrachtungen — 2. Das Geistesleben — 3. Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus

---

* Auslieferung Frühsommer 1973 Subskription ist vorgesehen. Interessenten wenden sich bitte an die Verlagsauslieferung Martin Sandkühler, 7 Stuttgart 1, Rotenbergstraße 25 oder an das Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll, Boslerweg 11.

GESELLSCHAFT FÜR FREIES ÖFFENTLICHES BILDUNGSWESEN e. V.
(bisher: Gesellschaft zur Förderung eines freien öffentlichen Schulwesens eV)
Geschäftsstelle: 56 Wuppertal 2, Amalienstraße 10
Vorstand: Dr. Heinz Hartmut Vogel, Eckwälden
Dipl.-Volkswirt Herbert G. Spies, Wuppertal

Die Gesellschaft arbeitet für die Verwirklichung einer Ordnung des Bildungswesens, die die individuelle geistige Initiative auf dem Gebiete von Pädagogik und Wissenschaft freisetzt. Sie will damit dem geltenden Verfassungsrecht auf dem Gebiete des Erziehungs- und Bildungswesens zur Durchsetzung verhelfen. Sie fördert durch ihre Tätigkeit im Bereiche der Wissenschaft und der politischen Meinungsbildung die Idee freier öffentlicher Schulen und Hochschulen und deren pädagogische, wissenschaftliche und rechtliche Gleichstellung mit den entsprechenden staatlichen Schulen sowie die gleiche wirtschaftliche Förderung aller vergleichbaren staatlichen und freien öffentlichen Schulen. Insbesondere fördert die Gesellschaft alle Bestrebungen, die auf die Herstellung der Freiheit der Lehre, der Lehrerbildung und Lehrerwahl sowie auf die rechtliche Gleichstellung der unabhängigen Abschlußbeurteilungen und Diplome freier und staatlicher Schulen in der Öffentlichkeit abzielen.

Die Gesellschaft ist Herausgeber der Schriftenreihe
„Beiträge zu einer freiheitlichen Ordnung des Bildungswesens".
Bisher sind erschienen:

I. Demokratie und Schule
II. Das Elternrecht und das deutsche Bildungswesen
III. Der Föderalismus und das deutsche Bildungswesen
IV. Die Privatschulfreiheit im Bonner Grundgesetz
V. Begabungsförderung und Privatschulgarantie.
Ein Verfassungsrechtliches Verfahren in Dokumenten.
— Woran scheiterte die Bildungsreform?
VI. Die Privatschule im Bayerischen Bildungswesen.

Außerhalb der Reihe ist eine Anzahl weiterer schulrechtlicher und bildungspolitischer Arbeiten erschienen.

Mitgliedsbeitrag der Gesellschaft: DM 20,— pro Jahr.

Die Gesellschaft ist gemäß Mitteilung des Finanzamtes Heidenheim vom 15. 3. 1960 als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt.

Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Hans Hoffmann, Dipl.-Ing., Bern, Grüneckweg 24
Fritz Penserot, Kirn/Nahe, Dhauner Straße 182
Heinz-Harmut Vogel, Dr. med., Bad Boll-Eckwälden, Boslerweg 11
Ernst Winkler, Dr. phil., Mathematiker und Physiker,
Lehrbeauftragter am Staatsinstitut München-Pasing,
München- Gräfelfing, Ruffiniallee 25

Vorankündigung für Heft 102/II—1973
Hans Hoffmann: Theorie vom Wirtschaftswachstum II
Franz Clauß: Grundfragen der Wechselkurspolitik

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

»Fragen der Freiheit«, Zweimonatszeitschrift,
herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch Lothar Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll
Boslerweg 11, Telefon (0 71 64) 25 72

Preis: Jahresabonnement DM 24,—, sfr. 28,—, ö.S. 180,—
ab 1.1.1973 einschließlich Versandkosten

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011 / BLZ 610 50000
Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung, Eckwälden/Bad Boll
Postscheckamt Frankfurt am Main 2614 04-602
Schweiz: 30-307 31 Postscheckamt Bern
Österreich: H. Vogel-Klingert, Eckwälden/Bad Boll
Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zolikerberg, Weiherweg 4

Herstellung: Hugo Schuhmann, Buch- und Offsetdruckerei, 7332 Eislingen (Fils)